Wortprotokoll 30. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2019/2023
21. Legislaturperiode

Donnerstag, 23. März 2023, 19.00 Uhr
im Rathaussaal

Anwesend	39 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Knecht
Absolutes Mehr	20
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	GR Wolfender, Gemeinderatspräsident
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Stefanie Frey

Traktanden

Protokollgenehmigung
1. Protokoll der Sitzung vom 26. Januar 2023

Einbürgerungen gemäss Beilage
2. Ahlburg geb. Hallinger, Nora
3. Bausinger, Holger / Bausinger, Greta
4. Kirner geb. Marbach, Leonardo (Schweizerbürger)
5. Krahforst, Ina
6. Müller, Nina / Schrul, Daniel / Müller, Jonas / Müller, Hannah
7. Schmidt, Alexander
8. Schmidt, Sarah
9. Schumann, Matthias
10. Sebová, Denisa
11. Stengele, Maximilian

Botschaften

12. Baurechtsvertrag mit Peter Moser RE GmbH, Konstanzerstrasse 27, 8280 Kreuzlingen, für die Liegenschaft Bahnhof Bernrain an der Seeblickstrasse 19, Parzelle Nr. 2996
13. Kreditbegehren in Höhe von brutto CHF 3'800'000.– (netto CHF 2'400'000.–) für die Sanierung und Aufwertung der Hauptstrasse Nord zwischen dem Hauptzoll und dem Helvetiaplatz zuhanden der Volksabstimmung
14. Schwimmbad Hörnli
    a. Vorzeitiger Heimfall der Liegenschaft Nr. 6059, Auflösung des Baurechtsvertrags mit der Genossenschaft Schwimmbad Hörnli und Zustimmung der Vereinbarung über die Übernahme
    b. Übernahme der Betriebsführung der Gesamtanlage Schwimmbad Hörnli durch die Stadt Kreuzlingen ab dem 1. Januar 2024

Motionen

15. Motion zur Überprüfung von Art. 65 Abs. 4 zweiter Satz der Gemeindeordnung (GO) der Stadt Kreuzlingen / Begründung

Postulate

16. Postulat Überprüfung und Änderung der Rechtsform der Energie Kreuzlingen im Hinblick auf die Herausforderungen der Energiestrategie 2050 / Stellungnahme

Interpellationen

17. Interpellation Bedingungen für die Subventionierung von Kitas / Beantwortung

Verschiedenes

18. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie alle ganz herzlich zur heutigen reichbefrachteten Gemeinderatssitzung.

Seit dem 12. März wissen wir jetzt auch, in welcher Besetzung wir ab dem 1. Juni hier drin weiterarbeiten dürfen. So eine Entscheidung bringt Gewinner, auch Verlierer, aber vor allem auch viele Stehengebliebene mit sich. In welchem Sinn ihr das verstehen wollt, überlasse ich euch. Ich gehöre auf jeden Fall auch dazu. Mir ist in den zwei verbleibenden Sitzungen wichtig, dass wir weiterhin mit gegenseitigem Respekt miteinander manchmal hart, aber immer fair politisieren können.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

GR Müller: Ich möchte im Namen der Interpellantinnen der letzten Interpellation auf unserer Traktandenliste einen Antrag stellen. Und zwar würden wir diese gern von heute auf die Juli-Sitzung verschieben. Unsere Interpellation ist in direktem Zusammenhang mit der Motion der Gleichbehandlung der Kitas entstanden. Die beiden Geschäfte hängen thematisch zusammen und wir möchten sie gern zusammen diskutieren. Das ist der Hauptpunkt. Weiter ist beim Kanton eine Motion zur Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung hängig, wozu morgen die Beantwortung veröffentlicht wird. Dies ist für den Mai traktandiert. Wir würden sehr gern diese Diskussion auch noch abwarten, damit wir sehen, in welche Richtung es beim Kanton weitergeht. Die Diskussion wird dann in der neuen Zusammensetzung sein, aber weil es ein Thema ist, welches uns in den nächsten Jahren noch

länger beschäftigen wird, denke ich, dass es gut ist, wenn es im neuen Gemeinderat und im neuen Stadtrat besprochen wird.

GR Brändli: Die noch bestehende und bestens funktionierende Grossfraktion FDP/Die Mitte/EVP wird diesen Antrag grossmehrheitlich nicht unterstützen. Wir sind der Meinung, man sollte das jetzt abhandeln, dann kann der Stadtrat Schritt für Schritt weitermachen. Dann haben wir mal die Interpellation vom Tisch, danach kommt die Motion, die Causa der Krippe Felsenburg steht auch noch an, und das mit dem Kanton ist etwas Nebensächliches. Daher dem Antrag bitte nicht stattgeben und es heute behandeln.

Abstimmung
Der Antrag von GR Müller wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Die Traktandenliste wird ohne Änderung genehmigt.

Protokollgenehmigung
1. Protokoll der Sitzung vom 26. Januar 2023

Abstimmung
Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Einbürgerungen gemäss Beilage

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

2. Ahlburg geb. Hallinger, Nora

Entscheid
Ahlburg geb. Hallinger, Nora wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

3. Bausinger, Holger / Bausinger, Greta

Entscheid
Bausinger, Holger / Bausinger, Greta wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Kirner geb. Marbach, Leonardo (Schweizerbürger)

Entscheid
Kirner geb. Marbach, Leonardo (Schweizerbürger) wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

5. Krahforst, Ina

Entscheid
Krahforst, Ina wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

6. Müller, Nina / Schrul, Daniel / Müller, Jonas / Müller, Hannah

Entscheid
Müller, Nina / Schrul, Daniel / Müller, Jonas / Müller, Hannah wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

7. Schmidt, Alexander

Entscheid
Schmidt, Alexander wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

8. Schmidt, Sarah

Entscheid
Schmidt, Sarah wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

9. Schumann, Matthias

Entscheid
Schumann, Matthias wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

10. Sebová, Denisa

Entscheid
Sebová, Denisa wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

11. Stengele, Maximilian

Entscheid
Stengele, Maximilian wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Der Ratspräsident: Ich gratuliere Ihnen allen ganz herzlich zu Ihrem Kreuzlinger Bürgerrecht und hoffe, Sie fühlen sich weiterhin so wohl bei uns.

Botschaften
12. Baurechtsvertrag mit Peter Moser RE GmbH, Konstanzerstrasse 27, 8280 Kreuzlingen, für die Liegenschaft Bahnhof Bernrain an der Seeblickstrasse 19, Parzelle Nr. 2996

Eintreten ist unbestritten.

Der Ratspräsident verweist auf die Tischvorlage.

GR Andreas Hebeisen: Wir haben an der Kommissionssitzung vom 1. März 2023 in Anwesenheit des Stadtpräsidenten, des Stadtschreibers und Stadtjuristen Jürg Vetterli diese Geschichte beraten. Das Ganze hat eine längere Vorgeschichte, das könnt ihr alles in der Botschaft nachlesen bzw. habt ihr selbstverständlich bereits, deshalb sage ich hier nichts dazu. Was ist politisch relevant? Politisch relevant ist, ob nicht allenfalls eine öffentliche Nutzung möglich gewesen wäre und wie dieses Gebäude in Zukunft aussehen soll und wird.

Zum ersten Punkt: Wir wurden informiert, es seien kreative Ideen eingegangen, was auch immer das heissen mag, wie Atelier oder Café. Allerdings sei das Problem gewesen, dass diese Bewerber*innen mit den kreativen Ideen offenbar kein Geld gehabt hätten – das ist ab und zu der Fall – und nicht in der Lage gewesen wären, den Umbau/die Renovation zu finanzieren, sodass dies der Stadt obliegen wäre. Daher fällte der Stadtrat bereits am 8. Januar 2019 den Grundsatzentscheid, dass man sich auf sogenannte Gewerbeangebote beschränken wolle. Also Leute, die auch ein bisschen Geld mitbringen und diese Liegenschaft im Baurecht sanieren und renovieren können. Die Investitionsfolgen für die Stadt wären CHF 1 Mio. aufwärts gewesen, wenn man eine kreative Idee verwirklicht hätte. Angebote für eine öffentliche Nutzung im Baurecht sind wie erwähnt nicht eingegangen.
Zweiter Punkt: Wie wird und soll dieses Gebäude in Zukunft aussehen? Die Einstufung ist "bemerkenswert". Obwohl die Einstufung "bemerkenswert" ist, gibt dies bemerkenswert wenig Einflussmöglichkeiten für die Denkmalpflege, um es einmal so zu formulieren, aber sie sind dabei. Nachgefragt wurde, ob dieses Projekt so aussehen werde wie in der Projektstudie (Beilage 3) bzw. die entsprechenden Fotos (bspw. Beilage 5 und 6). Die meisten sehen ungefähr gleich aus, manchmal hat es einen Balkon, manchmal nicht. Die Frage ist, ob wir uns das vorstellen müssen, was da kommt, oder ob wir uns etwas anderes vorstellen müssen. Der Stadtjurist hat sich dazu diplomatisch sibyllinisch geäussert: Ja, ungefähr so, allerdings sei es nicht so, dass die Baurechtsnehmerschaft auf dieses Projekt verpflichtet sei. Aber damit ihr euch eine Vorstellung machen könnt, wie es aussieht: Wir haben Beilage 7, den Baurechtsvertrag, welcher Auflagen enthält. Das heisst, die Stadt muss ein Bauprojekt, wenn es definitiv kommt, genehmigen, muss sich aber auch sachlich verhalten. Man kann nicht aus willkürlichen Gründen einfach ablehnen. Sachliche Gründe seht ihr auf Seite 3 im Baurechtsvertrag oben: "Die heute bestehende Baute ist in ihrem Bestand zu erhalten. Auch ein teilweiser Abbruch ist nicht gestattet." Daher können wir uns also vorstellen, dass die Aussenhülle ungefähr so bleibt und wir nicht zum Beispiel einen Flachdachbau erwarten müssen. Zulässig ist der Abbruch der Ladenrampe, bauliche Massnahmen an der Aussenhülle und Innenraumänderungen. Das ist etwa das, was zu erwarten ist. Was die Gestaltung anbelangt, Farbe etc., dazu ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der Stadtpräsident erklärte, die Denkmalpflege werde einbezogen, das sei sicher. Auf die Frage, ob die Empfehlungen der Denkmalpflege auch Nachachtung finden werden, sagte er, er gehe davon aus – was auch immer das heissen mag. Neu richtet sich der Baurechtszins nach dem Referenzzinssatz (Seite 5, zweitletzter Absatz). Der Referenzzinssatz vom Bundesamt für Wohnungswesen ist derjenige, der für Mietverhältnisse gilt. Es handelt sich um einen Mischsatz, der aus den üblichen Zinsen der Banken zusammengestellt wird. Früher war es der Hypothekarzinssatz der ersten Hypothek TKB, welche es in dieser Form eigentlich nicht mehr gibt, heute ist es der Referenzzinssatz. Wir haben uns Gedanken darüber gemacht, was das ausmacht. Man kann sagen, mit CHF 5'000 sind wir etwas tiefer, als es nach dem bisherigen Modell gewesen wäre und etwas höher, was es genau nach diesem Berechnungssatz ergeben würde. Wir wurden dann auch noch darüber informiert, wenn der Referenzzinssatz, der jetzt auf 1.25 % festgesetzt ist, um 0.25 erhöht wird, ergäbe dies eine Erhöhung um 3 % oder CHF 150 pro Jahr. Dieser Baurechtsvertrag ist wahrscheinlich nicht ein Übungsmodell, um einen Abend lang darüber zu streiten, ob das richtig ist, aber wir haben deponiert – es ist nicht protokolliert – dass bei nächsten Baurechtsverträgen diese Geschichte nochmals angeschaut wird, ob der Referenzzinssatz wirklich das Richtige ist, denn dieser bildet die Teuerung nicht ab. Bei den Mietverträgen ist die Teuerung ein separater Erhöhungsfaktor, daher wird hier die Teuerung nicht abgebildet. Ob man das wirklich will, sollte man sich noch einmal überlegen. Das habt ihr zur Kenntnis genommen. Das ist aber nicht der Baurechtsvertrag, wo wir das beüben müssten.
Ein weiterer Punkt betrifft Altlasten (Seiten 6 und7). Im Baurechtsvertrag, insbesondere Seite 7 zweitoberster Absatz: Normalerweise wird alles dem Baurechtsnehmer überwälzt. Wenn es Giftstoffe im Boden hat, muss er dies tragen. Hier hat man eine Haftungsaufteilung gemacht. Die Stadt haftet für allfällige Altlasten im Grundstück und der Baurechtsnehmer im Gebäude. Es gibt aber keinen Katastereintrag, sodass das Risiko überschaubar ist. Die Kommission hat dem Geschäft mit 7 Ja bei 1 Enthaltung zugestimmt. Zur Tischvorlage wird der Stadtrat an gegebener Stelle einen Antrag stellen. Dies ging bei uns in der Kommission durch die Lappen, aber GR Dufner hat den Hinweis gemacht. Ich muss

sagen, das ist eine ganz tolle Sache, das erleichtert nämlich die Kommissionsarbeit ungemein, die Sicherheit und das Wissen darum, dass wenn wir etwas vergessen, immer noch einer oder eine von den 40 Personen im Rat da für uns einsteht. Vielen Dank.
GR Kuntzemüller: Ja, wir sind uns oft einig, das sind wir im Grunde genommen heute auch, trotzdem werden wir unterschiedlich stimmen. Um unsere Diskussion in der Fraktion zusammenzufassen, fallen mir eigentlich nur drei Sprichwörter ein: "Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach", "In diesen sauren Apfel müssen wir beissen" oder "Einen Tod müssen wir sterben". Dann denkt sich ein nicht unwesentlicher Teil von uns bei allem: Nein, den sterben wir nicht.
Zu den Gründen, die jeder und jeder von uns unterschiedlich gewichtet: Einer beginnt bereits bei der Ausschreibung. Es wären nämlich zwei Optionen möglich gewesen, die Sanierung durch die Stadt oder die Sanierung durch die Baurechtsnehmer. Ziemlich schnell hat der Stadtrat im Januar 2019 entschieden, eine gewerbliche Nutzung zu priorisieren. Eine aktive Stadtentwicklung bzw. Quartierentwicklung sieht unserer Meinung nach anders aus. Der Bahnhof Bernrain ist ein zentrales Haus im Quartier, für uns ist es eine verpasste Chance. Okay, wenn der Mensch das einmal geschluckt hat, so nach dem Motto, immerhin ist das Haus im Baurecht vergeben und nicht verscherbelt worden, befürworten wir zudem den Einzug eines Kreuzlinger Gewerbes, welches mit erneuerbaren Energien wirtschaftet und somit auch mehr als die Legitimation hat, einen guten Standort in Kreuzlingen zu erhalten. Das steht ausser Frage. Zugute kommt auch, dass in der verkehrsberuhigten Strasse mit keinem grossen zusätzlichen Verkehrsaufkommen zu rechnen ist. Der Standort ist nämlich, auch wenn das einige nicht sehen, aus unserer Warte sensibel. Viele Pendler*innen sind täglich vor Ort, den Bahnhof Kreuzlingen Bernrain kennen viele. Der Unmut, dass so lange nichts passiert ist, ist gross. Auch ein Indikator, dass der Bahnhof Bernrain nicht irgendein Gebäude ist, sondern dass es achtsam zu behandeln ist und ihm Sorge zu tragen gilt. Deshalb wollen wir eigentlich keine Verhinderer*innen sein, sodass dieses Haus noch mehr zerfällt. Nachdenklich machen lässt, dass nicht nur wir, sondern auch die Denkmalpflege dieses Haus als bemerkenswert einstuft. Offen gestanden sind wir von den Fotos bzw. von der Visualisierung des Projekts nicht sonderlich begeistert. Oder anders gesagt: Bei einigen von uns hält sich die Begeisterung schwer in Grenzen. Da bitten wir die Baurechtsnehmer, aber insbesondere auch die Stadt, vor allem die Stadt, dass ernst zu nehmen und Rücksprache mit der Denkmalpflege zu halten und deren Empfehlungen auch zu beherzigen. Eine verbindliche Zusage hierzu haben wir leider nicht wirklich bekommen. Schade. Wie gesagt, die einen sagen sich, einen Tod müssen wir sterben, und die anderen sagen sich: Nein, diesen sterben wir nicht.
GR Neuweiler: Der Bahnhof Bernrain, fast schon eine unendliche Geschichte, wir hoffen, wir können Sie heute abschliessen. Darüber, ob der Bahnhof damals durch die Stadt gekauft werden musste, kann man streiten, ist heute Abend aber sicher nicht das Thema, da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Die technischen und juristischen Aspekte der Vorlage hat der Kommissionspräsident ausführlich erörtert, da verzichte ich gern auf Wiederholungen. Die Herausforderung ist sicher, es wurde vorhin von der SP angesprochen, das Spannungsfeld zwischen dem Denkmalschutz und der ökologischen Gestaltung des Gebäudes (Beilage 5 und 6). Wir von unserer Fraktion sind der Meinung, dass man hier den Denkmalschutz wahrscheinlich nicht zu 100 % durchsetzen kann, vielleicht auch nicht zu 100 % durchsetzen muss. Architektur und ökologische Bauweise kommen sich eventuell manchmal in die Quere. Das ist so ein Beispiel, hier muss man Kompromisse finden. Wir sind der Meinung, es ist ein spannendes Projekt. Wir sind gespannt, wie es dereinst herauskommt und werden dieser Vorlage einstimmig zustimmen.
GR Merk: Seit bald 16 Jahren besitzt die Stadt Kreuzlingen das Bahnhöfli Bernrain. 2012 war es im Baurecht ausgeschrieben, damals kam kein Vertrag zustande. In der Ausschreibung 2018 benannte der Stadtrat zwei Möglichkeiten, die Sanierung durch die Stadt oder die Sanierung durch den Baurechtsnehmer. Wenn es für das Baurecht gar keine Interessen gegeben hätte, wäre man auf Ersteres zurückgekommen. Der Stadtrat entschied sich dann 2019 gegen eine öffentliche und für eine gewerbliche Nutzung durch die PV Helvetic, um für den ehemaligen Bahnhof eine gute Lösung zu finden. Wir haben relativ lange diskutiert. Unsere Fraktion begrüsst eine saubere energetische Renovation dieses Gebäudes und schätzt es, dass ein lokales Unternehmen die Möglichkeit erhält, sich in Kreuzlingen weiterzuentwickeln. Unsere FL/G-Fraktion stimmt dieser Botschaft einstimmig bei 1 Enthaltung zu.

GR Dufner: Ich darf für unsere Fraktion bekanntgeben, dass wir es sehr begrüssen, dass mit dem Bahnhof Bernrain jetzt etwas Positives passiert. Auch der Baurechtsvertrag, der dazu vorliegt, ist bei uns auf Zustimmung gestossen. Wir meinen, dass es auch eine gute Lösung ist, wenn für eine Firma aus Kreuzlingen etwas zur Verfügung gestellt wird, damit diese hier etwas realisieren kann, was vor allem auch unter den energetischen Gesichtspunkten erst recht in der heutigen Zeit Sinn macht, um das, was sie anbieten, Interessentinnen und Interessenten augenscheinlich zeigen zu können. Wir haben auch noch zurückgeschaut. Beim ersten Projekt war man unterschiedlicher Meinung, was überhaupt mit dem Bahnhof Bernrain passieren soll, weil das nicht so eine wahnsinnige Augenweide und auch nicht so ein wahnsinnig wichtiges Gebäude ist, wie teilweise geltend gemacht wird. Es wurde darüber auch gesagt, man solle es abreissen, das war anno Domini zumindest die Meinung der CVP. Und auch die Denkmalpflege hat nicht den Eindruck, dass dieses Gebäude als schützenswert betrachtet werden und erhalten bleiben soll. Es ist im Hinweisinventar weder als wertvoll noch als sehr wertvoll eingestuft, sondern als bemerkenswert. Bemerkenswert hiess früher Gesamtform erhaltenswert. Und genau das passiert, die Gesamtform bleibt erhalten und es geht nur um ortsbauliche Aspekte, dass es ins Quartier/ins Ortsbild passt. Deshalb finde ich, sollte man das jetzt nicht zu hoch schaukeln und sagen, wir hätten da ein schützenswertes Haus, welches man um jeden Preis weiss ich wie vergolden müsste. Deshalb finden wir das Projekt, welches angedacht ist, gut. Im Zusammenhang mit dem Baurechtsvertrag hatten wir auch die Diskussion bezüglich Referenzzinssatz, was vom Stadtrat nun aufgenommen wird. Es wurde zu Recht bemerkt, dass es sich bei einem tiefen Baurechtszins von CHF 5'000 nicht lohnt, das gross zu diskutieren und auszubreiten. Es genügt, wenn wir für die Zukunft eine Lösung haben, die auch bei einem grösseren Baurechtszins standhält. Es kann sicher nicht nur der Referenzzinssatz sein, weil dies nicht das richtige Instrument ist. Unsere Fraktionsgemeinschaft wird dem Baurechtsvertrag einstimmig zustimmen.
GR Merk: Ich habe es vorhin schon angetönt, bei uns in der Fraktion gab es eine Enthaltung, das bin ich. Mit der vorliegenden Botschaft kann ich mich grundsätzlich einverstanden erklären. Mein Votum ist vielleicht ein bisschen ein emotionales. Die Stadt hätte zu einem früheren Zeitpunkt rund CHF 1 Mio. investieren müssen und hätte dann wahrscheinlich längst eine Lösung in der Hand gehabt. Dass keine öffentliche Nutzung für ein gemeinschaftliches Projekt zustande gekommen ist oder die Renovation durch die Stadt dem Gewerbe oder dem ganzen Quartier die Möglichkeit gegeben hätte, diesen interessanten Standort als Mieter zu nutzen, ist aus meiner Sicht echt eine verpasste Chance. Das ist passiert. Ich begrüsse sehr, dass das Projekt energetisches Vorzeigemodell werden soll, das ist mir sehr sympathisch. Was mich persönlich aber beschäftigt ist, dass die Aussenhülle des vorliegenden Projekts gerade mal eine Idee ist. Wir haben die Unterlagen angeschaut und mit dem Vorentscheid der Bauverwaltung hat man lediglich geklärt, ob das Projekt überhaupt bewilligungsfähig wäre. Der Baurechtsvertrag verpflichtet aber nicht, das Projekt so zu bauen, wie in der Presse zu lesen war oder auch in der Visualisierung in der Botschaft zu sehen war. Und das Amt für Denkmalpflege empfiehlt eigentlich in seiner Stellungnahme, das typische Erscheinungsbild des Bahnhofgebäudes nach Möglichkeit zu erhalten. Das Umbauprojekt wirke für sie wie ein Neubau. Es empfiehlt weiter, das typische Erscheinungsbild des Gebäudes mit der Verkleidung, mit der regelmässigen Befensterung inkl. Fensterläden sowie der steilen Dachform zu erhalten. Entgegen dieser Empfehlung beurteilt dann die Baukommission die Variante, die jetzt vorliegt, als "verträglich". Eine Fassadenverkleidung aus Metall und ein Verzicht auf Fensterläden wiegen dabei aus meiner Sicht optisch deutlich mehr als zum Beispiel die PV-Anlage, welche eine In-Dach-Lösung ist und die Dachform vielleicht teilweise, aber nur minimal beeinflusst. Ich finde es schade, dass das sogenannte Classics meets Moderne, was auch immer das heisst, im Detail nicht stärker auf die ursprüngliche Form des Bahnhofgebäudes eingeht. Und ich finde es schade, dass es die Stadt hier verpasst hat, ihr Bahnhöfli, auch mein Bahnhöfli, zumindest in der ersten Form der Erscheinung zu erhalten. Aber vielleicht wird das definitive Projekt optisch tatsächlich ein bisschen sorgfältiger, als es die nette Projektstudie zeigt. Ich hoffe es zumindest.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

4.3 Besondere Vertragsbestimmungen
STP Niederberger: Wir haben von GR Dufner den Hinweis bekommen, dass wir auf den Seiten 5 und 6 des Baurechtsvertrags in Ziffer 6 Baurechtszins anscheinend die Überbindungsklausel vergessen haben. Wir haben das mit unserem Juristen angeschaut und mussten mit Schrecken feststellen, dass diese Klausel in diesen jahrelangen Überarbeitungen irgendwo unter den Tisch gefallen ist. Dafür haben wir jetzt diese Tischvorlage gemacht. Bei anderen Baurechtsverträgen ist es auch so, dass man mit dem Zusatz, der rot markiert ist, eine Überbindungsklausel machen kann, was so auch im Grundbuchamt eingetragen wird. Das bedeutet, wenn der Baurechtsvertrag an einen anderen Baurechtsnehmer oder eine andere Person oder Gruppe übergehen würde, auch der Baurechtszins übergeben wird. Der Stadtrat hat diesen Antrag verabschiedet und unterbreitet ihn so.

Abstimmung
Der Antrag des Stadtrats gemäss Tischvorlage wird einstimmig angenommen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung
Die Botschaft wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

13. Kreditbegehren in Höhe von brutto CHF 3'800'000.– (netto CHF 2'400'000.–) für die Sanierung und Aufwertung der Hauptstrasse Nord zwischen dem Hauptzoll und dem Helvetiaplatz zuhanden der Volksabstimmung

Eintreten ist unbestritten.

GR Rüegg: Eine Vorbemerkung: Ich verwende heute Abend oder ab jetzt vorwiegend die weibliche Form, die Männer sind mitgemeint, weil die männliche Form in der Schreibweise der weiblichen ja enthalten ist.
Die vollzählige Kommission Bau und Umwelt hat das Kreditbegehren am Dienstag, 28. Februar in diesem Saal beraten. Weil Sandro Nöthiger, der Leiter Tiefbau, krankheitshalber nicht dabei sein konnte, stand uns neben SR Zülle, Rinaldo Deganello von der Immoplan Bauingenieur AG, der Verfasser der Planunterlagen, zur Verfügung. SR Ernst Zülle wies in seinen einleitenden Ausführungen auf die wesentlichen Punkte hin. Neben der erforderlichen Sanierung der Werkleitungen und des Strassenbelags sei zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen die Umgestaltung des Strassenraums dringend notwendig. Aus dem Agglomerationsprogramm werde ein namhafter Betrag bezahlt, nämlich CHF 1.22 Mio. In dieser Höhe aber nur, wenn eine Aufwertung für den Velo- und Fussgängerverkehr vorgenommen werde. Zudem gebe es aus dem Strassenfonds einen Beitrag in der Höhe von CHF 180'000. So verbleibt für die Stadt selbst eine Nettoinvestition von CHF 2.4 Mio. Wenn der Souverän dem Kredit zustimmt, soll im Jahr 2024 mit dem Bau begonnen werden. Zuerst zu den kritischen Stimmen: Es gingen zugunsten der Begrünung und der vielen Bäume zu viele Parkplätze verloren. Für die Gewerbler sollen vor allem Kurzzeitparkplätze zur Verfügung gestellt werden. Auch könne das viele Grün die Sicht von Fussgängerinnen auf den Verkehr behindern, was vor allem für die Kinder gefährlich sei. Zudem sei gemäss eigenen Erfahrungen die Hauptstrasse Nord schon jetzt knapp für Velofahrerinnen. Andere begrüssen dieses Konzept. Es sei eine schöne Verlängerung des Boulevards, das Geplante sei zukunftsweisend und die vorgesehene Reduktion der Parkplätze für Einkaufstouristen Richtung Konstanz stelle keinen Verlust dar. Dann sei eine Begrünung aus Sicherheitsgründen nicht höher als 60 cm, und durch die Bäume und deren teilweise Beschattung des Strassenraums würde dies zudem im Sommer stark vor Überhitzung schützen, und zwar für Verkehrsteil-

nehmerinnen und auch Bewohnerinnen und Bewohner dieser Häuser. Auf Anfrage erklärte Herr Deganello, man werde mit geeigneten Randabschlüssen – gemeint ist die Gestaltung der Randsteine – den Bedürfnissen von Sehbehinderten einerseits, damit sie sie spüren, und den Benutzerinnen von Rollstühlen und Rollatoren Rechnung tragen. Die Schlussabstimmung ergab 6 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen.

GR Zülle: Die FDP/Die Mitte/EVP-Fraktion hat die vorliegende Botschaft über das Kreditbegehren für die Sanierung und Aufwertung der Hauptstrasse Nord zwischen dem Hauptzoll und Helvetiaplatz zuhanden der Volksabstimmung eingehend geprüft und diskutiert. Die Botschaft zielt, wie auch mein Vorredner gesagt hat, auf die Verbesserung der Aufenthaltsqualität und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden ab. Aus dem Agglomerationsprogramm soll ein namhafter Betrag von maximal CHF 1.22 Mio. bezahlt werden, wenn die Aufwertung für den Velo- und Fussverkehr vorgenommen wird. Es wird eine Reduktion der Parkplätze auf etwa die Hälfte geben, das zugunsten der Verkehrssicherheit und der Begrünung. Es ist also anzunehmen, dass das heute Abend bei einigen zu Diskussionen führen wird. Allerdings wurde die Problematik insofern relativiert, als dass voraussichtlich der Wegfall der Parkplätze durch 30-40 öffentliche Parkplätze in der neu zu bauenden, dreistöckigen Tiefgarage kompensiert werden kann. Es ist erst eine mündliche Zusage, weil sich das Baugesuch noch in Prüfung befindet, aus diesem Grund ist das in der Botschaft noch nicht erwähnt. Auch wurden vor den Geschäftsliegenschaften neue Besucherparkplätze geplant oder bereits erstellt. Um die nördliche Hauptstrasse ist in den letzten Jahren ein dicht besiedeltes Wohnquartier entstanden. Nur schon das ist ein Grund, die Strasse entsprechend aufzuwerten und zu beruhigen. Das Projekt wird grundsätzlich begrüsst, weil es eine attraktive Verlängerung des Boulevards darstellt und die Aufenthaltsqualität erheblich verbessert. Parkplätze dienen insbesondere den Einkaufstouristen, daher ist das für das Kreuzlinger Gewerbe nicht ganz so entscheidend. Doch diskutiert wurde auch über die Randabschlüsse. Hier gilt es zu beachten, dass diese ideal für Seh- und Gehbehinderte, für Rollatoren und auch für Kinderwagen sein müssen. Das ist jeweils schwierig zu planen, deshalb hat man sich für Randabschlüsse von 0 auf 4 cm geeinigt, analog zur Romanshornerstrasse. So können alle Bedürfnisse und Sicherheitsstandards berücksichtigt werden. Über die Bepflanzung und Begrünung wurde ebenfalls sehr diskutiert. Einerseits darf sie die Sicht nicht einschränken und anderseits sollen auch die Kosten im Rahmen gehalten werden. Die Rabatten sollen maximal 60 cm hoch werden und die Sicht nicht beeinträchtigen. Dort sollen pflegeleichte Wildstauden gepflanzt werden, ebenfalls vorgesehen sind grössere Bäume, welche sich gut für Strassen eignen, vor allem auch aufgrund ihrer Wurzelbildung. Weiter kann immer noch in der Detailplanung besprochen werden, wie das mit den Bäumen aussehen soll. Diese ist nämlich noch nicht abgeschlossen. Gerade bei Ein- und Ausfahrten soll es nur marginale Änderungen geben, damit die Sichträume wirklich gewährleistet werden können. Die Begrünung dient weiter dem angestrebten Prinzip der Schwammstadt. Es soll so viel Regenwasser wie möglich im Kreislauf bleiben. Einerseits hat das einen ökologischen Aspekt, anderseits dient das aber auch der Vorbeugung von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen. Wichtig für uns ist auch eine sorgfältige Planung über die Sanierungsabläufe von diversen Kreiseln und Strassen, sodass Kreuzlingen nicht plötzlich eine Anhäufung von Baustellen und Strassensperrungen in der Bauphase gleichzeitig aufweisen wird. Verkehrsbehinderungen sollen unbedingt auf ein Minimum reduziert werden. Der Fraktion ist es weiter ein Anliegen, jeweils Personen, welche an den Workshops zur Ausgestaltung teilnehmen, transparent zu benennen. Trotz der kontroversen Diskussionen hat die Fraktion der Botschaft mehrheitlich zugestimmt.

GR Keller: Die SVP-Fraktion wird diese Botschaft einstimmig ablehnen, dies aus den folgenden drei Punkten:

1. Punkt: Der Stadtrat will die Hauptstrasse verengen und hofft dadurch, dass die Verkehrssicherheit erhöht wird. Die Autofahrer können durch die engere Fahrbahn die Velofahrer nicht mehr überholen – so die Theorie. Ich war derjenige, der das gebracht hat, dass ich diese Hauptstrasse öfters mit dem Velo gefahren bin, weil es mein Arbeitsweg war, und ich wurde sehr oft sehr knapp überholt. Mit der Verengung wird dieses Problem nur verschärft. Die Autofahrer werden weiterhin Velofahrer überholen, davon ist die SVP-Fraktion überzeugt. Weiter sind wir sehr skeptisch, ob die vielen neuen Bäume inkl. Blumenbeet keinen Einfluss auf die Verkehrssicherheit haben. So kann man beim Fahren auf der

Strasse weniger schauen, was auf dem Trottoir passiert, und auch beim Einbiegen auf die Hauptstrasse wird der Blick eher verringert.
2. Punkt: Wie bereits bei der Romanshornerstrasse und der Löwenstrasse, will der Stadtrat auch bei der Hauptstrasse die Zahl der Parkplätze verringern, diesmal um rekordverdächtige 50 %. Wie bereits erwähnt, sollen anstelle dieser Parkplätze Bäume gepflanzt werden. Heute gibt es bereits diverse Bäume, welche die Hauptstrasse zieren und das, ohne dass irgendwelche Parkplätze aufgehoben werden mussten. Wir verstehen nicht ganz, wieso an einer Hauptverkehrsachse so viele Bäume gepflanzt werden sollen. Diese Bäume hätte man besser im neuen Dorfkern von Kurzrickenbach gepflanzt, denn dort sieht man aktuell nur eine Steinwüste. Gemäss SR Zülle parkieren hauptsächlich Einkaufstouristen auf der Hauptstrasse, und das will man verhindern. Aus Sicht der SVP trifft aber diese Massnahme der Parkplatzreduktion die falschen. Einerseits gibt es sehr viel lokales Gewerbe, welches die Parkplätze braucht, und bereits heute sind Parkplätze tagsüber sehr oft dauerbelegt. Und wir wollen lieber nicht herausfinden, wie das in Zukunft aussehen wird. Anderseits löst die Reduktion der Parkplätze das Problem der Einkaufstouristen nicht. Diese kommen nach Kreuzlingen und sie kommen mit dem Auto. Wir gehen mit dem Stadtrat einig, dass Kreuzlingen nicht der Parkplatz von Konstanz sein soll, aber die Fahrzeuge sind da und sie brauchen eine Lösung. Durch die Halbierung der Parkplätze wird die Situation nur verschlimmert. Wer schon einmal an einem Samstag auf der Hauptstrasse, Freien Strasse, Zollstrasse oder Wiesenstrasse war, weiss, wovon ich spreche. Autos, die auf der Strasse anhalten, um irgendeinen Parkplatz zu ergattern, Autos, die im Kreis fahren, bis sie einen Parkplatz haben, oder Autos, die unberechtigt auf Privatgrundstücken oder ausserhalb der Parkfelder parkieren. Uns ist bewusst, dass auch die heutigen Parkplätze nicht ausreichen, aber wir wollen diese Situation definitiv nicht verschlimmern. Der Stadtrat soll zuerst eine Lösung, zum Beispiel durch ein Parkhaus am See präsentieren, bevor er weitere Parkplätze zusammenstreicht. Und damit komme ich zum dritten Punkt, dem Zeitpunkt.
3. Punkt: Nach der Romanshornerstrasse, der Konstanzerstrasse, allenfalls der Löwenstrasse kommt jetzt die Hauptstrasse. Die Leute in Kreuzlingen sind inzwischen genervt, dass es gefühlt mehr Strassen mit Baustellen, als ohne gibt. Aus Sicht der SVP erfolgen die ganzen Baumassnahmen zusammenhangslos. Wir wissen, dass die Strassen saniert werden sollten, aber uns fehlt ein Gesamtkonzept. Leider kann man beim Verkehrsthema nicht die Strassen einzeln betrachten, das hängt zusammen. Wie bereits angedeutet, braucht es eine dauerhafte Lösung, unter anderem für die Parkplatzsituation an der Grenze. Aber von dem Parkhaus, das einmal hätte gebaut werden sollen, hört man seit Jahren nichts mehr. Zudem hat der Stadtrat einen Platz bezüglich Bahnübergang Freie Strasse entwickelt und dieser ist in der Botschaft mit keinem Wort erwähnt. Wir sind überzeugt, dass auch das einen Einfluss auf die Verkehrsentwicklung an der Hauptstrasse haben wird. Der Stadtrat soll zuerst ein Verkehrskonzept erstellen, bevor man einschneidende Massnahmen bei weiteren Strassen plant. So können anschliessend alle Baustellen auf dieses Konzept ausgerichtet werden. Wie bereits erwähnt, wird die SVP-Fraktion die Botschaft einstimmig ablehnen. Wir würden vom Stadtrat zudem gern wissen, wann genau die Abstimmung für diese Botschaft ist und jene für die Löwenstrasse.
GR Dahinden: Die Vorzüge dieses Projekts sind augenfällig. Der Abschnitt wird aufgewertet zu einer Aufenthalts- und Wohnstrasse, begrünt, es ist ein optisch attraktiver Abschnitt und bringt einen klaren Mehrwert für die Menschen, die sich dort aufhalten. Es ist ein Vorzeigeprojekt, aber nur fast. Wir haben an diesem Projekt etwas zu bemängeln, und jetzt spreche ich im Namen der Freien Liste vor allem als Velofahrer. Kreuzlingen gibt sich gern als velofreundliche Stadt, aber verzichtet bis heute auf einen zeitgemässen Ausbau eines sicheren und attraktiven Radnetzes. Gesamtschweizerisch ist ein sogenannter Paradigmenwechsel im Gang, was die Velostrecken betrifft. Man will nämlich den Verkehr entflechten und nicht mehr durchmischen. Das macht es für alle sicherer. In diesem Projekt aber werden die Velofahrer wieder auf die gemeinsame Spur geschickt, wo man dann als Velofahrer und ungeschützter Verkehrsteilnehmer quasi als verkehrsberuhigendes Element zwischen den Autos herumfährt, und diese abbremsen soll. Der Mischverkehr führt zu Verunsicherung, zu Missverständnissen, zu brenzligen Situationen. Wer das selbst schon einmal erlebt hat oder regelmässig erlebt, kennt das Feeling, wenn man mitten zwischen den Autos durch die Stadt fährt. Es ist, und das ist für mich ein wich-

tiger Satz, überhaupt nicht angenehm als Velofahrer, wenn man auf die Vernunft und auf das Verständnis der Autofahrer angewiesen ist. Mit dieser Art Veloverkehr wird niemand aufs Velo umsteigen – im Gegenteil. Jetzt noch zwei kritische Anmerkungen zum Projekt an sich: Wir finden, diese Veloverbindung ist eine ganz wichtige, die nach Konstanz führt. Es gibt Leute, die über diese Zolle wollen, die auf die beiden Seeradwege auf beiden Seeseiten wollen, die Anlässe besuchen, ins Kino gehen, in Schulen gehen, Ausflüge auf die Reichenau machen oder die Fähre benutzen möchten. Es ist eigentlich die Hauptachse für einen Veloausflugs-, teilweise auch Berufsverkehr. Man könnte sogar so weit gehen und sagen, so eine Strasse müsste man doch für die Velofahrer priorisieren. Man hätte einmal testen können, ob das funktioniert. Die zweite kritische Bemerkung: In der Beilage 6 werden drei Varianten aufgezeigt. Der Velofahrer ist dort immer marginal drin. Man hatte nirgends den Mut, in einer Variante etwas Fortschrittliches, etwas Neues, eine Velostrasse zu planen. Das bedauern wir sehr. In den letzten Tagen hat unsere Fraktion all diese Punkte sehr ausführlich einander gegenübergestellt und wir haben gründlich hin und her überlegt, was wir mit dieser Vorlage machen, wie wir uns dazu stellen. Das war eine sehr ambivalente Diskussion, auch für jeden persönlich ein sehr grosser Zwiespalt. Was passiert, wenn das zurückgewiesen wird? Würden dann unsere Interessen, die ich gerade geschildert habe, aufgenommen? Was gäbe es für eine Alternative? Und wie würde die Hauptstrasse dann in den nächsten 40 oder 50 Jahren aussehen? Und langsam fangen wir an zu befürchten, dass dann die Vorzüge, welche ich am Anfang geschildert habe, verschwinden würden und wir eigentlich das, was positiv ist an dieser Vorlage, verlieren würden. Setzen wir jetzt diese Qualitäten aufs Spiel, in dem wir diese Vorlage ablehnen? Das ist die grosse Frage. Riskieren wir, dass der motorisierte Verkehr auf Jahrzehnte hinaus das Stadtbild dominiert und die Menschen weiter verdrängt? Ich komme auf das gleiche Sprichwort wie GR Kuntzemüller: "Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach", sofern dort oben überhaupt eine hockt. Das ist dann noch die nächste Frage. Und so komme ich jetzt zu folgendem Ergebnis, um welches wir in unserer Fraktion gerungen haben: Wir werden dieser Botschaft grossmehrheitlich zustimmen. Aber wir werden weiterkämpfen, damit der Langsamverkehr endlich gleichberechtigt wird und dass die Verkehrsflächen fairer verteilt werden.

GR Huber: Lieber Urs, ich hoffe, dass du mit mir etwas Nachsicht hast und meine nachfolgenden Ausschweifungen verzeihen kannst. Ich möchte einen kleinen Rückblick auf eine Gemeinderatswahl machen, wo eine Partei mit grossen Lettern geschrieben hat: "Kein Luxus im Strassenbau". GR Keller hat es vorhin bereits angesprochen, das kann ich absolut unterstützen. Nur weiss ich nicht, wo dieser Luxus gemeint ist. Auch in ihrem Flyer sind keine Hinweise erkennbar. Ich habe ihn extra noch mitgenommen. Bilder in diesem Flyer zeigen andere Merkmale: unseren Stadtbus, Fussgänger, Velofahrer, unseren Turbo, Kühe, viel Grün und auch viele Bäume. Und dann auch noch der Hinweis im Flyer, "Künstliche Verengungen, um den Verkehr zu bremsen, sind zu unterlassen".

Ich habe in der Kommission Bau und Umwelt bei einigen Details auch kritische Fragen gestellt, davon haben wir schon viele gehört, und habe auch das Projekt hinterfragt, damit wir den angestrebten Luxus erkennen können. Auch habe ich mir eine Checkliste zusammengestellt, damit wir wie bei einem Musterbaurechtsvertrag auch Punkte festhalten können, die unserer Fraktion auch für zukünftige Projekte wichtig sind. Das eine ist sehr wichtig, das ist das Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK). Das ist effektiv eine Vogelperspektive, damit man das Zusammenleben des motorisierten Verkehrs mit uns Fussgängern, den Velofahrern und dem öffentlichen Verkehr abbilden kann. Das ist in diesem Projekt gut erfüllt. Partizipation beim BGK, ein wichtiges Anliegen für die Mitfinanzierung durch den Bund. Dabei sein sollen Anwohner, Gewerbetreibende, Pro Velo, Busbetrieb, Verkehrsplaner und andere Betroffene. Wer aber immer vergessen geht, sind effektiv die Fussgänger. Diese haben weder eine Lobby, noch haben sie bei solchen Projekten einen offiziellen Status. Aber ich und meine Fraktion haben die Qualität der Mitbestimmung bei diesem Projekt erkannt und können darum auch diesem Punkt zustimmen. Abgrenzung des Verkehrs zu übrigen Verkehrsteilnehmern: Dazu haben wir auch ein Stadtgespräch gemacht. Mit der Geschwindigkeitsreduktion – mit 30 km/h ist die Hauptstrasse heute schon eine städtische Quartierstrasse – und der parallelen Führung des Verkehrs zusammen mit den Velofahrern nicht mehr oben, sondern effektiv auf der Strasse, ist ein wichtiger Schritt zur Verkehrsberuhigung und Entflechtung gemacht. Denn wir sollten jene, die gleich schnell sind, auch auf der gleichen Fahrspur fahren lassen. Auf dieser Strasse dürfen wir 30 km/h fahren, auf dieser Strasse, die flach ist, kann

der Velofahrer ebenfalls zwischen 20 und 25 km/h fahren, jene mit einem E-Bike sogar noch schneller. Auch Pro Velo hat diesem Vorhaben zugestimmt. Es entspricht ihrem Grundgedanken, dass das Velo auf die Strasse gehört und nicht aufs Trottoir. GR Dahinden hat es vorhin angesprochen, es gibt noch einen weiteren Punkt: Am 1. Januar 2023 wurde auf Bundesebene das Veloweggesetz in Kraft gesetzt. Was Bund und Kantone jetzt umsetzen müssen, ist ein Gesetz. Da hat das Velo effektiv eine eigene Lobby erhalten, was es überregional braucht, damit der Kanton zur Realisierung eines übergeordneten Velowegnetzes verpflichtet wird. Das hat aber nichts mit dieser Hauptstrasse Nord zu tun, denn das ist wirklich innerstädtisch, sonst machen wir ganze Strassenzüge zu. Das wäre dann etwa der nächste Schritt. Die Erhöhung der Sicherheit auf diesem Strassenabschnitt ist uns eigentlich auch wichtig. Mit dem vorgenannten Punkt sind wir bereits auf dem richtigen Weg. Geschwindigkeit reduzieren, Fahrbeziehungen mit ähnlicher Geschwindigkeit zusammenführen, sichere Übergänge für Fussgänger, Verbesserung der Sichtverhältnisse schaffen, grosszügigere Ein- und Aussteigemöglichkeiten bei den Parkplätzen schaffen, damit der Velofahrer nicht in die Fahrzeugtüre knallt. Das alles hat uns in der Kommission Bau und Umwelt der Projektleiter Rinaldo Deganello erläutert und bestätigt. Daher können wir auch in diesem Punkt dem Projekt zustimmen.
Die Aufenthaltsqualität für alle Verkehrsteilnehmer verbessern. Eine Strasse bedeutet nicht nur, sich von A nach B bewegen, sondern es braucht auch eine Wohlfühlqualität, die beim Befahren als Automobilist oder als Velofahrer bei vielen Strassenabschnitten in Kreuzlingen und im Thurgau nicht gegeben ist. Zum Beispiel frage ich mich, was macht der Fussgänger jetzt gerade, was macht der Velofahrer, überholt er mich, sehe ich den Fussgänger früh genug oder wie fühle ich mich als Fussgänger auf diesen Strassenabschnitt? Beruhigt, durchschwitzt, bin ich ein Slalomgeher oder gibt es sogar Stolperfallen? Die Visualisierung hat uns gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und wir hier eine gute Aufenthaltsqualität erhalten. Bäume, zentrales Thema für die Aufenthaltsqualität, sowohl für Autofahrer wie auch für Fussgänger. Wer nach einem Einkaufsbummel in ein aufgeheiztes Auto einsteigt, kann hier ein Liedchen singen. Wer behauptet, dass Bäume ein Luxus im Strassenbau sind, hat den Zweck und die Klimadebatte einfach ausgeblendet. In der Botschaft unter 3.4 ist das sehr ausführlich beschrieben. Und was eine Schwammstadt ist, hat auch GR Zülle schon erklärt, und hat den Effekt, dass Regenwasserrückhalt und Verdunstung in der Grünrabatte funktionieren und dementsprechend unsere Temperaturen senken. Daher sind für unsere Fraktion Bäume ein sehr zentrales Thema bei allen zukünftigen Strassensanierungsprojekten. Bei diesem Projekt müssen wir wirklich sagen, der gute Mix ist gefunden und wir können das vollumfänglich unterstützen. Parkplätze sind für unsere Fraktion auch wichtig und auch mich nervt es, wenn ich keinen finde. Aber auch ich musste merken, dass es in Kreuzlingen genügend Parkplätze gibt und dass mich diese paar Schritte zum Ziel nicht umbringen und ich mein Ziel auch so innert 5 Minuten immer erreichen kann. Daher besser einen qualitativ guten Parkplatz mit Beschattung als ein überhitzter Parkplatz mit Sicherheitsdefizit. Unser Motto daher: Den Fünfer und das Weggli können wir hier nicht bekommen.
Kosten: Leider war, wie bereits erwähnt, Sandro Nöthiger, der Chef Bau, an dieser BU-Sitzung krankheitshalber nicht anwesend. Rinaldo Deganello vom Ingenieurbüro konnte uns diesbezüglich aber auch Auskunft geben. Was leider nicht im technischen Bericht und auch nicht in der Botschaft erkennbar war, ist, dass der Kostenvoranschlag wirklich nur eine effektive Oberflächensanierung beinhaltet. Es ist nicht ein Vollausbau, der Kieskoffer darunter muss nicht ausgetauscht werden und der bestehende Belag enthält keine Teerrückstände, dementsprechend sind hohe Entsorgungsgebühren nicht zu erwarten. Auch wurde uns versichert, dass in diesem Kostenvoranschlag bereits die Phase Bauprojekt integriert ist und damit die Unsicherheiten auch schon abgebildet sind bzw. weniger Unsicherheiten erkennbar sind. Es wäre aber für uns Gemeinderäte für die Zukunft einfacher, wenn das jeweils im Bericht stehen würde. Bei der Löwenstrasse stand das alles drin. Im Weiteren wird dieses Bauprojekt auch mit einem namhaften Betrag von CHF 1.2 Mio. vom Bund gesponsert, und weil es sich dabei um Bundesgelder handelt, kann kein Aufschub gewährt werden. Deshalb ist es wichtig, dass es 2024 umgesetzt wird. Wir können daher den Daumen nach oben halten und die SP/GEW/JUSO-Fraktion empfiehlt, dem Kreditbegehren zuhanden der Volksabstimmung zuzustimmen. Ich bitte daher auch die anderen Fraktionen, unsere Überlegungen miteinzubeziehen und dem Projekt wohlwollend gegenüberzustehen. Wir schätzen auch wirklich diese Heidi-Idylle auf dem Flyer der SVP und sind auch stolz auf

die Errungenschaften, welche ihr darstellt. Und wir wollen auch weiterhin daran arbeiten, dass wir solche Sachen auch wirklich darstellen können und sagen können, wow, da haben wir etwas Gutes gemacht. Und weiterhin, dass wir uns in Kreuzlingen unverkrampft bewegen können.
GR Hummel: Lieber Cyrill, ich bin ganz oft zu Fuss unterwegs, ich sehe dich aber nie zu Fuss. Wie du behaupten kannst, dass man sich in so einer Situation unverkrampft und ganz leger bewegen könne, da muss ich dir einfach etwas sagen: Wenn sich ein Velofahrer bedroht fühlt, GR Dahinden hat es gesagt, dann weicht er aufs Trottoir aus, und Velofahrer sind vielfach nicht dafür bekannt, dass sie auf Fussgänger besonders Rücksicht nehmen. Also hört einfach auf damit, hier habe man die Fussgänger nicht vergessen. Man hat sie genauso vergessen wie immer.
GR Rüegg: Mich hat die Bedrohung der Velofahrer, die GR Keller und GR Dahinden erwähnt haben, auch beschäftigt. Ich bin der Meinung, wir haben ein Informationsdefizit, nicht nur in Kreuzlingen, sondern generell. Nämlich: Wie soll sich ein Velofahrer in der 30er-Zone verhalten? Tempo 30, das ist eine sogenannte Höchstgeschwindigkeit. Man muss nicht 30 fahren, man darf nicht mehr als 30 fahren. Das sollte übrigens auch für den Bus gelten. In der 50er-Zone ist es genau das Gleiche. Das heisst, in der 30er-Zone können die Autos ohne Weiteres sich der Geschwindigkeit der Velofahrer anpassen. Das mag bei Langsameren 20 und bei Schnelleren doch 30 sein. Und jetzt ist aber wichtig, dass die Velofahrerinnen jeden Alters, auch die älteren, die ängstlich sind, wissen, dass sie in der Mitte der Strasse bzw. ihrer Fahrbahn fahren können und dass die Autos sie nicht überholen. Und das machen sie auch nicht, wenn man 2 m Abstand vom Rand hat. Und wenn trotzdem ein Auto überholen will, dann kann es dann überholen, wenn auf der anderen Seite gar nichts kommt, gleich wie, wenn er ein Auto überholen würde. Ich bin der Meinung, weil wir eben in den Städten nicht an allen Orten separate Velowege machen können – der Paradigmenwechsel wurde erwähnt, es geht aber nicht überall – und weil wir auf gefährliche Velostreifen verzichten wollen, müssen wir das kommunizieren, damit jeder weiss, ich kann ohne schlechtes Gewissen vor einem Bus, vor einem Auto mit meinem Velo auf einer Fahrbahn mit einer 30er-Beschränkung fahren. Wenn wir das schaffen würden, dann hätten wir einen Teil dieser Probleme gelöst. Und wenn man diesem Projekt zustimmen würde und die Bevölkerung vielleicht auch noch, dann hätten wir diese Hauptstrasse Nord in einem schönen Zustand und auch ungefährlich für Velofahrerinnen und Velofahrer.
SR Zülle: Ich möchte ganz kurz auf ein paar negative Sachen eingehen, die ich gerade gehört habe. Die anderen muss ich nicht kommentieren, dort könnte ich Gänsefüsschen machen, diese stimmen alle. Aber es gibt ein paar Sachen, die nicht ganz stimmen.
Der Hauptpunkt von GR Keller ist, dass er die Strasse verwechselt. Er sagt 50 % weniger Parkplätze auf einer Hauptverkehrsachse. Eine Hauptverkehrsachse ist eben die Romanshornerstrasse, deshalb sieht es dort ein bisschen anders aus. Das ist keine Hauptverkehrsachse, das ist eine untergeordnete, siedlungsorientierte Strasse, die man zu einer 30er macht. Vor neun Jahren war es eine Hauptverkehrsachse, da fuhren die Autos noch durch den Zoll. Damals war es eine Hauptverkehrsachse und darum ist sie auch breit. Als der Zoll dann geschlossen wurde, machte man aus dieser Hauptverkehrsachse eine untergeordnete, siedlungsorientierte Strasse wie eine Quartierstrasse. Gleichzeitig entstanden vor allem links, aber auch rechts Wohnblöcke. Büros und sehr viele Wohneinheiten sind dort entstanden und es ist jetzt fast ein bisschen ein Wohnquartier geworden. Diese Strasse ist aber immer noch breit und wir reissen nicht einfach eine Strasse auf, nur weil sie zu breit ist, sondern wir warten, bis sie ihr Alter, ihren Zyklus erreicht hat. Nicht nur die Strasse, sondern auch die Leitungen. Wir sanieren eine Strasse dann oder bauen sie dann, wenn Leitungen ersetzt werden müssen oder die Strasse in einem schlechten Zustand ist, und das ist jetzt der Fall. Als Übergangslösung hat man die sogenannten Berliner Kissen montiert. Das sieht fast aus wie draufgepflastert. Die sind sehr ärgerlich für den Bus, ärgerlich für die Handwerker, die ihr Werkzeug im Kofferraum haben, das wird alles durchgeschüttelt. Und sie sind auch gefährlich für Velofahrer. Wenn ein Velofahrer nicht aufpasst und darüberfährt, fällt er fast um. Also das muss weg. Wir haben dann gesagt, wir machen ein Betriebs- und Gestaltungskonzept nach dem Aggloprogramm. Das Aggloprogramm ist ein Programm, welches einen Beitrag bezahlt an solche Strassen, die umgebaut werden, und zwar umgebaut für alle Verkehrsteilnehmer. Fussgänger, Velofahrer, Autofahrer. Diesen Auftrag hatten wir und wir haben verschiedene Varianten geprüft. Ich möchte diese nicht alle aufzählen, ihr findet die Varianten im technischen Bericht. Und der Workshop,

der zweimal tagte, hat die nun vorliegende Variante als die beste Variante ausgewählt. Man hat angeschaut, was mit dem Velofahrer ist und wie breit diese Strasse sein muss.
Und jetzt komme ich auf die Gefährlichkeit des Velos. Gefährlich ist eine Strasse, wenn sie breiter ist. Bei 6.20 m, wenn man hinter einem Velo fährt oder auch leicht daneben, überholt man dieses Velo nicht, wenn da Gegenverkehr ist. Man merkt automatisch, dass das nicht reicht. Sobald ich eine Strasse 7 m oder 7.50 m breit mache, habe ich als Autofahrer immer das Gefühl, ich kann sowieso überholen, auch wenn noch der Bus entgegenkommt, dann drücke ich den Velofahrer weg. Und das ist jetzt der Fall. Da gehe ich mit GR Dahinden absolut einig, was jetzt ist, ist falsch. Darum müssen wir diese Strasse sanieren. Auch falsch ist, dass Autos an der Strasse stehen und die Türe öffnen können oder ein- oder auskurven und nicht auf die Velos aufpassen. Ich gehe mit GR Dahinden absolut einig, diese Strasse ist jetzt absolut gefährlich, darum müssen wir sie umbauen. Und wir bauen sie so um, wie sie nach der Sicherheitsnorm sein soll. Sicherheitsnormen bei 30 heisst, dass man keinen Velostreifen macht. Denn wenn man Velostreifen macht, hat jeder 1.50 m, also 3 m. Und wenn man 6.20 m hat, bleiben noch 3.20 m fürs Auto. Da könnt ihr euch vorstellen, was da passiert. Das geht nicht. Velostreifen macht man bei Hauptverkehrsachsen. Das haben wir zum Beispiel an der Egelseestrasse. Auch an der Romanshornerstrasse wird es Velostreifen geben, denn dort haben wir eine Breite von über 8 m. Dort macht das Sinn, obwohl auch Pro Velo sagt, es wäre nicht nötig. Dort gibt es wenigstens eine optische Sicherheit. In einer 30er-Zone braucht es das nicht.
Jetzt komme ich noch zu den Parkplätzen. Natürlich werden an der Strasse etwa 50 öffentliche Parkplätze weggestrichen, teilweise sind sie schon weg. Warum sind diese weg? Es ist falsch, was GR Keller gesagt hat, Zülle sei gegen Einkaufstouristen, weshalb er die Parkplätze weghaben wolle. So habe ich das nie gesagt. Da hast du etwas völlig Falsches gehört oder verstanden. Nein, das ist nicht so. Diese Parkplätze kommen weg, weil es bei den Gewerbeliegenschaften und Wohnliegenschaften weiter hinten neue Besucherparkplätze gegeben hat, im Lauf der letzten Zeit sogar neu eingezeichnet. Ich kann sie rasch aufzählen. Helsana 4 Parkplätze – und das sind nicht Tiefgaragenplätze, sondern das sind Besucherparkplätze. Julius Bär 6 Parkplätze, Hauptstrasse 26 Haus zur Brücke 6 Parkplätze neu eingezeichnet, Hauptstrasse 8 und 10 neu 8 Parkplätze. Das ist das Gebäude vor der Brückenstrasse. Und was auch noch neu kommt, sind 14 Besucherparkplätze beim Hochhaus Freieck mit dem vorderen Bau, der gerade gebaut wird. Ich habe in der BU-Sitzung fälschlicherweise gesagt vorne, sie kommen aber hinten hin. Die Erschliessung ist ab der Freien Strasse. Jetzt sind sie vermietet, nachher werden sie zu Besucherparkplätzen, weil man die Tiefgarage vergrössert hat. Also alle, die in diesem Gebäude arbeiten und wohnen, fahren in die Tiefgarage und die anderen, welche das Gebäude besuchen oder Dienstleistungen erbringen, können auf die Besucherparkplätze fahren und müssen nicht einmal etwas bezahlen. Da hat sich also etwas geändert. Weiter haben wir rund um diese Hauptstrasse Nord herum ganz viele Parkplätze zur Grenze hin, ich möchte nicht alle aufzählen, das würde zu weit führen. Aber ich kann euch sagen, es sind rund 200. 200 öffentliche Parkplätze haben wir grenznah an der Hauptstrasse, Wiesenstrasse usw.
Jetzt sage ich euch einmal, wie die Parkplätze, die wir jetzt haben, benutzt werden. Wir haben gehört, es gibt 45 Parkplätze. Wir haben in den letzten zwei Monaten 14 Kontrollen gemacht. Das Maximum waren 27 Autos, die dort standen. 27. Das Minimum war null. Wir haben morgens geprüft, mittags und nachts. Es waren 18, 11, 20, 1, 9, 0, 24, 27, 23, 19, 21, 16 und nachts hatten wir 10 und 11 Autos auf den Parkplätzen, von denen wir jetzt sprechen, die so wahnsinnig überlastet seien. Das stimmt schlichtweg nicht. Das zu diesen Parkplätzen.
Jetzt komme ich noch zum Zeitpunkt, warum jetzt so viele Baustellen. Ich muss ganz ehrlich sein, ich hätte auch am liebsten vier Jahre lang keine Baustellen als Stadtrat, dann bin ich nicht mehr. Dann hätte ich keinen Ärger mehr, dann könnte ich eigentlich eine ruhige Kugel schieben. Aber Baustellen müssen wir machen. Und was wir heute machen, ist den Kredit abholen. Nicht die Baustelle anfangen, sondern wir holen einen Kredit ab, damit wir die Planungssicherheit haben, wenn wir mit der Strasse anfangen. Und wann wir anfangen, hängt immer von den anderen Baustellen ab. Diese verändern sich. Wir haben selbstverständlich einen Plan, wir haben selbstverständlich ein Verkehrskonzept und haben dieses in der BU übrigens auch schon zwei Mal vorgestellt. Das müsst ihr halt auch weitergeben. Alle Strassen, die wir sanieren müssen, haben wir mit dem entsprechenden Jahr eingegeben. Und immer

mit dem Vorbehalt, dass wenn sich eine verschiebt, es hier etwas gibt. Oder wenn eine Volksabstimmung scheitert und man noch einmal kommen muss, dann wird es wieder eine Verschiebung geben. Wenn es Einsprachen gibt, gibt es Verschiebungen. Wenn der Kanton etwas anderes macht, gibt es Verschiebungen. Deshalb ist das eine volatile Geschichte, aber man versucht immer, dass mindestens eine Hauptverkehrsachse frei bleibt. Und wir versuchen auch immer, die Strassen einseitig befahrbar zu machen. Mein Sohn ist Tiefbaupolier und er hat mir gesagt, es ist wahnsinnig, dass die Leute hier unter Verkehr arbeiten. Das wurde so gemacht, damit wir den Verkehr abfliessen lassen können. Das bedeutet aber, dass die Baustelle etwas länger dauert, etwa ein halbes Jahr. Aber wir versuchen immer, dass es nicht Baustelle an Baustelle gibt, sondern dass die an einem anderen Ort ist. Und wenn wir diese eben Nicht-Verkehrsachse, sondern bis zum Zoll ist es fast ein bisschen eine Sackgasse, sanieren, berührt das die Hauptverkehrsachse ganz sicher nicht. Wir wollen sie 2024 oder 2025 machen. Spätestens 2025 wollen wir anfangen, sonst verlieren wir die Agglogelder, das sind CHF 1.22 Mio. Diese verlieren wir, wenn wir 2025 nicht anfangen. Das muss man einfach wissen, das kostet uns sehr viel Geld. Das andere ist die Löwenstrasse, diese müssen wir 2027 machen, dort haben wir einen anderen Zyklus, dort könnten wir sie auch später machen. Was wir in der Löwenstrasse und Umgebung allerdings haben, sind Leitungsbrüche. Gerade konnten sie letzthin in der Bachstrasse einige Stunden nicht mehr spülen, da gab es einen Leitungsbruch. Solche Sachen häufen sich, wenn wir die Strassen nicht machen. Das noch zum Zeitpunkt. Es ist nicht so, dass wir gleich nach Annahme der Botschaft sofort mit Schaufeln anfangen, sondern dann haben wir den Kredit, dann wird eine genaue Planung gemacht. Wir müssen eine Ausführungsplanung machen, wir müssen eine Auflage machen, wo auch noch Einsprachen gemacht werden können. Dann muss es vom Kanton abgesegnet werden, erst dann fängt man an zu bauen. Das wird bei der nördlichen Hauptstrasse vermutlich 2024/2025 werden und bei der Löwenstrasse, wenn sie hoffentlich angenommen wird, ist das 2025-2027 der Fall. Dann noch zur Frage von GR Keller zum Abstimmungszeitpunkt. Geplant ist, dass diese Strasse am 18. Juni zur Abstimmung kommt, die Löwenstrasse im Oktober oder November. Dieser Termin ist noch nicht fix.
Das Parkhaus am See wird ausgeschrieben. Das werden wir an einem Privaten ausschreiben, der dieses Parkhaus bauen kann. Warum haben wir das nicht gemacht? Während der Coronakrise ging niemand mehr nach Konstanz, da hatte kaum jemand Interesse, dort ein Parkhaus zu bauen. Das ist ehrlich. So haben wir gesagt, erst wenn dort wieder zirkuliert wird, wird das gemacht.
Als Letztes wurde noch die Seestrasse / Freie Strasse genannt. Diese kommt im Mai mit der Beantwortung auf GR Leuch. Da werden wir darüber berichten, die Planung ist selbstverständlich gemacht. Die Velowegüberführung Seestrasse – Freie Strasse – Wiesenstrasse kommt im Mai, diese Beantwortung kommt im Mai in den Gemeinderat. Ich hoffe, ich habe alles gesagt, sonst müsst ihr halt nochmals fragen.
GR Schulthess: Ich wollte dazu eigentlich nichts sagen, aber ich fühle mich durch die Rückbauabsichten der Berliner Kissen doch getriggert. Ich fand es eigentlich schön, dass man die Erkenntnis hat und all diese Verbauungen als überflüssig betrachtet, das gilt auch für Blumenkästen, Säulen und was es alles hat. Wenn wir beim Thema Berlin sind, ich weiss nicht, wer sich in Berlin ein bisschen auskennt, aber die Hauptstrasse Nord ist etwa gleich breit wie die Stalinallee. Es hat problemlos Platz für Parkplätze, den Bus, Velos und für Fussgänger, wenn man wollen würde.
Was ich ein bisschen vermisse und dann habe ich es auch schon gesehen. Sind wir doch ehrlich, was wir hier machen, ist einfach wieder eure grüne Agenda. Ihr wollt keine Parkplätze, ihr wollt die Autos draussen haben, ihr prescht auf die Autofahrer, ihr wollt Bäume pflanzen. Und überhaupt, die öffentlichen Parkplätze sollten jetzt durch die Privaten abgedeckt werden. Irgendwie soll die Krankenkasse jetzt Parkplätze bieten für Leute, die sich dort aufhalten wollen. Seid wenigstens ehrlich und gebt zu, es geht weder um Sicherheit, das ist ein Feigenblatt, sondern es geht um eure grüne Agenda. Das wäre einfach ehrlich. Ich selbst bin zuversichtlich, dass das Volk, das dann schon ablehnen wird. Ich finde es einfach ein bisschen schade, dass wir erneut so eine Vorlage präsentiert bekommen, wo diesmal nicht 10 Parkplätze fehlen, sondern wo man sie gleich halbiert, und ich glaube nicht, dass es das einfacher machen wird, es vor dem Volk durchzubringen. Schade um die Aufwertung eines Raums, die man durchaus machen könnte, aber dass das immer mit dieser Agenda einhergeht, finden auch viele Leute

da draussen störend. Auch wenn unser Rat das sicher nicht schafft, hoffe ich sehr, dass das Volk es schafft, dieses Projekt abzulehnen.
GR Portmann: Einer, der in Kreuzlingen als Unternehmer viel unterwegs ist, bin ich. Ich bin auch heute Vormittag wieder da durchgefahren und musste lachen. Man denkt im Kreuzlinger Stadtrat manchmal so diametral. Ich denke ein bisschen zurück, da wollte man einen von mir sogenannten Walk of Fame über die Gleise bauen, damit man nach Klein-Venedig laufen konnte. Damals sagte man, wir sind eine der grössten Städte hier, man muss etwas machen, man muss Attraktionen schaffen. Es hätte schweineviel Geld gekostet, aber es ist bis heute nicht gekommen. Heute sagt man, wir haben das gerade von SR Zülle gehört, das war einmal eine Hauptstrasse, jetzt ist es eine Wohnquartierstrasse oder siedlungsorientierte Strasse. Ich sitze jetzt seit 8 Jahren im Gemeinderat und muss sagen, ihr habt nie ein Strassenkonzept hingebracht, welches verhebt, und das kann man nicht wegdiskutieren, sonst hätten wir jetzt diese Diskussionen nicht. Wenn man zu Stosszeiten beim Bahnhof vorbeifährt, wo fahren die meisten Leute durch? Sie kommen von Romanshorn her, von weiter weg, sie kommen alle nach Kreuzlingen, fahren durch den Tunnel, sehen den Stau und wo fahren sie? Sie fahren zu drei Vierteln um den Kreisel, fahren Richtung Boulevard, wieder nach unten Richtung Hauptzoll. Das war vor 20 oder 30 Jahren ein Haupteinfallstor der Schweiz, als der Zoll noch geöffnet war und die Situation ein bisschen anders war. Dann fahren sie über die Brückenstrasse und den Emmishofer Zoll. Dann haben wir eine ganz lustige Situation, ich habe es schon oft angesprochen, aber man hat bis heute nichts gemacht, anscheinend kann man nichts machen. Die Situation ist umgekehrt. Man sperrt den Döbelikreisel, alles muss über den Emmishofer Zoll einfahren, dann staut man das Bärloch. Die einen wollen Richtung Tägerwilen, die anderen wollen durchs Bärloch. Was machen die anderen, die wissen, wo es durchgeht? Sie fahren über die Brückenstrasse, auf der Brückenstrasse staut es, sie gehen hinauf, dort soll dann die Begegnungszone sein. Eine sensationelle Begegnungszone, wenn dort der ganze Verkehr durchfliesst. Und das wird da so sein. Kreuzlingen wird den Verkehr nicht in den Griff bekommen, weil wir schlicht und einfach kein Verkehrskonzept haben. Und dieses Verkehrskonzept haben wir nicht, weil der Boulevard auch keine Strasse ist. Und wenn wir jetzt sagen, wir ziehen den Boulevard weiter, was hatten wir denn vorher? Dann hatten wir gar keinen Boulevard. Und wenn man schaut was mit dem Verkehr passieren wird, es wird eine Verschiebung geben, das stimmt, es wird aufs Velo gewechselt, das sieht man, es wird auf E-Autos gewechselt, das sieht man. Aber eine Population, die ständig wächst, wird uns immer vor diese Probleme stellen. Die Schweiz wird nicht kleiner. Wenn man schaut, wie viel Kreuzlingen in den letzten 5 oder 10 Jahren gewachsen ist, muss man das berücksichtigen. Das sind einfach Sachen, die man nicht berücksichtigt. Ich bin froh, dass GR Schulthess das auch gesagt hat, die Bevölkerung wird das goutieren. Die Bevölkerung wird das nicht goutieren, das haben wir jetzt bei verschiedenen Botschaften gesehen. Wir dürfen auch keine Angst haben, und GR Dahinden, ich schätze dich sehr, aber wir müssen für die Bevölkerung schauen. Und manchmal muss man halt auch einen Schritt gehen, wenn man Angst hat und sagen: Hey, es ist nicht das Richtige, man muss etwas anderes machen. Dann holen wir das Vertrauen der Bevölkerung zurück. Und es ist ein Wunsch des Stadtrats, dass wir das machen. Der Stadtrat hat uns eine Botschaft gegeben, diese haben wir studiert, dafür sind wir da. Und wir sagen, was wir darüber denken. Manchmal ist eine Rückweisung vermutlich besser. Dann geht es in eine zweite Runde und man kann viele Sachen korrigieren, die wir jetzt von allen Seiten gehört haben. Aber ich sage, das wird ein Projekt, welches nie aufgeht. Wir müssen uns auch einmal entscheiden, vor allem der Stadtrat, was man will.
Noch kurz zurück: Der Einkaufstourismus ist zurückgegangen. Ja, der Einkaufstourismus ist in Konstanz schon zurückgegangen, das sagt auch der Konstanzer Detailhandel. Aber was man nicht ausser Acht lassen darf, der Verkehr ist nicht so massiv zurückgegangen, denn es hat eine Verschiebung gegeben. Es gibt mittlerweile ein CANO in Singen. Das CANO nimmt dem Lago 60 Prozent der Leute weg, weil man dort 2500 Gratisparkplätze hat. Aber die fahren über den Emmishofer Zoll, die fahren über die Grenzzollanlage, die bringen den Verkehr nach Kreuzlingen. Und dieses Problem werden wir nicht lösen können, solange wir der Bevölkerung kein Konzept vorlegen, welches sagt, was für ein Strassenkonzept wir haben wollen. Dieses Strassenkonzept erreichen wir über 10 oder 12 Jahre, aber in einem vernünftigen Rahmen, wo wir dann vom Verkehr entlastet sind, die Velofahrer Freude haben, die Fussgänger Freude haben, die für die Biodiversität Freude haben, wenn man schöne Strassen machen kann.

Dagegen habe ich nichts, das kann man machen, aber es muss mit Vernunft und mit einem Konzept gemacht werden. Und mit dem, was der Stadtrat hier vorlegt, zeigt er in keiner Art und Weise der Bevölkerung ein Konzept.
GR Pleuler: Ich war bis heute sehr ambivalent, ob ich dieser Botschaft zustimmen soll oder nicht. Und zwar nicht, weil ich es ein schlechtes Projekt oder ein besonders gutes Projekt finde, ich persönlich finde es sogar eher ein gutes Projekt und es kommt sehr attraktiv daher. Aber es geht eigentlich darum, dass wir nicht entsprechend unseren persönlichen Bedürfnissen und Befindlichkeiten abstimmen sollten, sondern so abstimmen, dass es einer Mehrheit oder den meisten Kreuzlingern etwas bringt. Wir sind alle sehr persönlich geprägt, was wir gut finden und was wir nicht gut finden. Gerade beim Strassenbau will jeder mitreden, genau wie bei den Finanzen. Jeder hat berechtigt eine eigene Meinung und jeder hat auch eine wichtige Meinung. Es gibt nicht richtig oder falsch, aber wenn es Experten im Raum hat, sind die Verkehrsplaner wahrscheinlich schon die Experten, die am ehesten den Gesamtüberblick haben. Ich möchte kurz sagen, was mir bei dieser Botschaft durch den Kopf geht. Aus meiner Sicht gibt es vier Dinge, die ganz heikel sind. Schon bei dieser Abstimmung, aber insbesondere bei einer Volksabstimmung.
Parkplätze: Hier habe ich die Befürchtung, dass die Situation Stand heute unklar ist und die Leute nicht richtig einschätzen können, was passiert, wenn man so viele Parkplätze abbaut. Es ist denkbar und es sind auch Erklärungsansätze da, dass das überhaupt keine Rolle spielt, dass diese Parkplätze eigentlich problemlos abgebaut werden können. Zwischen Hauptstrasse und Konstanzerstrasse hat es tatsächlich viele Parkflächen, die nicht richtig intensiv genutzt werden. Aber zumindest ist das Thema Parkplätze ein wahnsinnig brisantes Thema. Dessen muss man sich bewusst sein.
Velos: Da hat mir GR Dahinden aus dem Herzen gesprochen. Wie es jetzt ist und wie es geplant ist, ist es für mich kein Problem. Ich bin der Meinung, ich kann sehr gut Velo fahren auf allen Strassen. Aber nur weil es für mich kein Problem ist, heisst das nicht, dass es für eine Mutter oder einen Vater, der mit einem Kleinkind nach Konstanz gehen möchte, auch kein Problem ist. Es ist vielleicht auch nicht ungefährlich für etwas ältere Leute, die dank ihrem Velo noch ein bisschen Mobilität haben, aber nicht mehr Auto fahren können und trotzdem ein bisschen schneller vorwärtskommen möchten. Es ist einfach gefährlich. Und ich bin auch der Meinung, man muss den Velofahrern so viel komfortablen Platz geben, wie es irgendwie geht.
Bäume: Ich habe mit etwas Erstaunen gehört, dass man tatsächlich der Meinung sein kann, es könne irgendwo zu viele Bäume haben. Ich finde es wunderbar, wenn es irgendwo grün und schön ist. Aber man muss zumindest schauen, dass es nicht gefährlich ist. Ich bin überzeugt, dass das, wie es gesagt wurde, in der Detailplanung kein Problem ist. Bäume sind für mich eine ganz klare Stärke dieses Projekts, und das möchte ich auch nicht gefährden, dass da wieder eine graue Strasse kommt. Sondern ich würde diese gute Idee mit den vielen Bäumen gerne retten.
Ein weiterer kritischer Punkt ist aus meiner Sicht der Zeitpunkt: Der Stadtrat hat gesagt, es ist schwierig zu sagen, wir machen das erst in fünf Jahren, wenn wir fertig geplant haben. Wir riskieren unter Umständen, dass wir weniger Geld bekommen. Auf der anderen Seite ist es aber auch einfach so, man kann schon sagen, wir brauchen diese Strasse und man muss sie jetzt sanieren. Aber wenn subjektiv bei den Leuten in Kreuzlingen eine Baustellenmüdigkeit vorhanden ist, dann wird es schwierig.
Ich habe sehr gehofft, als ich GR Dahinden hörte, dass jetzt ein Rückweisungsantrag kommt. Ich denke, mit einer Rückweisung haben wir die Chance, die vielen positiven Sachen dieses Projekts zu retten und die paar wenigen negativen Punkte zu korrigieren. Vielleicht kommt am Schluss auch heraus, dass man einen Veloweg nicht planen kann, dass es nicht geht. Oder vielleicht kommt man auch zum Ergebnis, wir brauchen diese Parkplätze tatsächlich nicht und man kann es genauso machen wie geplant. Aber dann haben wir eine Faktenlage, wo ich das Gefühl habe, es bestehen viel bessere Chancen für dieses gute Projekt. Ich neige aktuell dazu, dieses Projekt im Notfall abzulehnen. Dann ist die Chance grösser, dass etwas kommt, was noch besser ist. Insbesondere die Situation für die Velofahrer. Wir wollen, dass die Leute mit dem Velo nach Konstanz fahren, dann muss es auch attraktiv sein. Ich schliesse so, dass ich mir zumindest vorbehalte, nach der Detailberatung vielleicht einen Unterbruch zu beantragen und allenfalls einen Rückweisungsantrag zu stellen, damit das Projekt nicht einfach abgelehnt wird und die positiven Sachen futsch sind.

GR Ribezzi: Viel wurde bereits gesagt und ich bin da eher ein bisschen der Romantiker. Ich glaube, wir finden in Kreuzlingen keine Hand voll Leute, die gegen Bäume sind. Und diese Strasse sieht auch gut aus. Ich persönlich habe ein bisschen Mühe, wenn man Argumente an den Haaren herbeizieht. Wenn doch das Volk seit weiss ich wie vielen Jahrhunderten keine Parkplätze gestrichen haben will, dann hört endlich damit auf. Das ist der Souverän. Ich kapiere das nicht, wieso man einfach weitermacht, die verstehen uns nicht, die haben doch keine Ahnung. Nein, die haben eben eine Ahnung. Das ist mal Punkt 1.
Punkt 2: GR Portmann hat praktisch alles gesagt. Nomen est Omen stimmt eben hier nicht. Es ist immer noch eine Hauptverkehrsachse. GR Leuch hat in der BU glaub gesagt, man müsse den Sinn und Zweck dieser Strasse mit 8'000 Autos pro Tag beachten und was sich die Benutzer dieser Strasse selber auferlegen. Das ist nach wie vor eine Hauptverkehrsachse. Und zwar nicht nur die, die nach Konstanz gehen, sondern auch für die ganzen Grenzgänger. Wenn ihr mir erlaubt, gehe ich nicht weiter hinauf, aber es geht effektiv in meinen Augen auch um dieses Verkehrskonzept. Solange dieses nicht vorliegt, gehen sie von Emmishofen Richtung St. Gallen durch den Boulevard, durch die Brückenstrasse, durch die Hauptstrasse. Sie gehen von Tägerwilen Richtung St. Gallen hinauf und versauen das Emmishofer Quartier durch die ganzen Quartiersträsschen. Sie kommen von St. Gallen, Amriswil, Romanshorn und fahren durch die Romanshornerstrasse, durch den Boulevard, den Boulevard of broken dreams immer noch. Ich behaupte, es sind fähige Leute hier, die ein Verkehrskonzept erstellen können. Dann kann man in die Detailplanung gehen und die einzelnen Strassen verschönern. Aber im Moment, wenn ihr das jetzt macht, verschönert ihr die Strasse nur für den Durchgangsverkehr. Gestern hatte mein Vater Geburtstag und wir gingen mit dem Velo nach Konstanz ein Glacé essen. Ich bin nicht dort durchgefahren, ich habe Schleichwege genommen, weil es einfach nicht schön ist. Und ich sage euch eines, der Kreuzlinger Fussgänger, der Kreuzlinger Velofahrer und der Kreuzlinger Autofahrer und der Kreuzlinger Töfffahrer, wir wissen, wo man aufpassen muss, wir nehmen Rücksicht aufeinander. Ob ich nun laufe, Velo fahre, Töff oder Auto. Es ist der Durchgangsverkehr, der euch weiterhin abschiesst, egal ob ihr dort einen Topf habt, einen Veloweg oder was auch immer. Denen ist es egal, die sehen nur Klopapier 1 Euro günstiger. Und das wird nicht aufhören, also muss man dort Gegensteuer geben und ein Verkehrskonzept erstellen. Das ist das Wichtigste, dann kann man sich um Pflänzchen kümmern.
GR Leuch: Ich wurde ja vorhin gerade erwähnt. Ich glaube, man muss einmal hinschauen, was für eine Strasse das überhaupt ist. Diese Strasse hat Jahrgang 1830. Es war ehemals die wichtigste Verbindung über die Grenze mit dem Hauptzoll als Tor nach Konstanz. Das war das Zentrum. Und was ist heute noch da? Heute kann man diesen Teil der Hauptstrasse als heruntergekommen bezeichnen. Schaut einmal Beilage 6 an, den technischen Bericht, dieses Bild zeigt es eigentlich. Ich bin heute extra nochmals durchgefahren und es ist auch so, die Strasse ist wirklich wie ein Abstellgleis. Trist und wenig einladend, wie ihr es dort seht. Und das, obwohl wir rundherum ein wirklich wichtiges Wohngebiet haben. Wir haben in der Umgebung wirklich ein hervorragendes Wohnangebot, welches in den letzten 20 Jahren erstellt wurde. Die Berliner Kissen, die wir weiter oben haben, und der Strassenbelag machen keinem Verkehrsteilnehmer Freude, der dort durchfährt, egal welcher. Vom Velofahrer bis zum Busfahrer ist niemand begeistert. Das Teilstück, welches wir hier sanieren wollen, ist nicht dem Boulevard ebenbürtig, es ist auch nicht der wichtigsten Nebenstrasse ebenbürtig, die wir in der Stadt haben, aber mit der geplanten Gestaltung, die man eine Seite weiter vorn in Beilage 6 sieht, könnte man vielleicht die schönste Strasse in Kreuzlingen daraus machen, wenn wir es wirklich wie geplant umsetzen. Ich denke, wenn es auch nicht die schönste wird, aber wenigstens die schönste oder nützlichste 30er-Zone der Stadt. Und das ist der Unterschied zu früher. Ehemals die wichtigste Verbindung, heute haben wir eine 30er-Zone zum Wohnen und wo Velofahrer und Busfahrer und Autofahrer angemessen langsam und sicher fahren. Heute kommt es mir wirklich vor wie eine Abstellgleisstrasse. Auch wenn man zum Zoll hinunterfährt, kommt man nicht mehr weiter, ausser man würde noch die Brückenstrasse hinunterfahren, was wir alle nicht wollen. Grundsätzlich ist das Ziel dieser Strasse, wie sie saniert werden soll, dass wir nicht mehr 8'000 Autofahrer pro Tag auf dieser Strasse haben. Wir haben diese auch jetzt schon nicht mehr. Wir wollen die Strasse nicht attraktiv bauen als Durchgangsstrasse, sondern dass noch mehr umgesetzt wird als die 30er-Zone, was sie jetzt schon ist. Und ich denke, man hat sich schon etwas überlegt, wieso diese Strasse dort ist. Die Planer haben sich wirklich Mühe gegeben, aus den

drei Varianten das Beste herauszuholen, was es herauszuholen gibt. Es ist klar, man kann nicht alles haben, es ist so, man kann eben nicht den Spatz und die Taube haben. Ich denke, die Planer haben wirklich visionär in die Zukunft gedacht und so müssen wir auch denken. Diese Strasse ist nicht für heute gebaut, sondern wenn wir sie bauen, bauen wir sie für die Zukunft. Sie soll für die nächsten Generationen tauglich sein, und da sind die Details eingeplant, welche die Zukunft verlangt. Denken wir an die nächste Generation, investieren wir in unsere Infrastruktur, in eine gute Infrastruktur, sichere Infrastruktur und eine angenehme Lage. Legen wir unseren Konstanzer Nachbarn etwas vor. Ein Projekt, wo sie dann auch gezwungen sind, nachzuziehen mit der Kreuzlingerstrasse. Man hofft auch, dass man auch mit dem Hauptzoll einmal etwas Gescheites machen kann, obwohl es eine schwierige Sache ist. Die Interessen heute Abend sind relativ diametral. Die einen wollen es deswegen ablehnen, die anderen wegen etwas anderem. Schlussendlich ist diese Strasse ein Kompromiss, der allen Verkehrsteilnehmern dienen soll. Daher bitte ich euch, diesem Projekt zuzustimmen.

GR Hummel: Nur noch eine kleine Bemerkung zu GR Leuch. Wenn beim technischen Bericht vielleicht ein Bild vom Sommer und nicht vom Winter genommen worden wäre, würde es auch nicht so trist aussehen.

GR Ricklin: Wir haben vorhin das Wort visionär gehört, dieses Strassenprojekt sei visionär. Dem muss ich entgegnen. Visionär wäre wirklich, wenn wir endlich ein Velokonzept hätten. Gerade jetzt, wo das Velokonzept kommt oder sogar schon hier ist, staune ich, dass man immer noch einen Mischverkehr macht, dass man die Velofahrer als Bremser für die Autos missbraucht, dass man einberechnet, dass diese vor den Autos fahren und diese ausbremsen. Das verstehe ich nicht, ich finde das sehr, sehr gefährlich. Jeder, der Velo fährt, kennt das Gefühl, wenn hinter einem der Bus oder ein grosses Auto fährt und man weiss, dass man langsamer oder ein Verkehrshindernis ist. Es ist ein unangenehmes Gefühl. Man sollte dann einfach nicht umfallen, sonst liegt man dann unter dem Auto.

Zum Thema Schwammstadt: Das finde ich auch etwas sehr Wichtiges. Bäume sind etwas sehr Wichtiges, aber diese gehören nicht auf die Strasse. Für was sind Strassen da? Strassen sind da, um möglichst ökonomisch von A nach B zu kommen. Die Leute, die durch Kreuzlingen fahren, fahren nach wie vor durch Kreuzlingen, ob es uns passt oder nicht. Wir müssen sie möglichst schnell durch Kreuzlingen schleusen können. Wir müssen ihnen zeigen können, wo sie durchfahren können, damit sie unsere Stadt möglichst schnell wieder verlassen oder dorthin kommen, wo sie hinmöchten oder was sie erreichen möchten. Ob Bäume auf der Strasse das Richtige sind, da habe ich ein grosses Fragezeichen. Wenn wir das Bild von Bernrain anschauen, kommt mir das Heulen. Ich glaube, die Umgebungsgestaltung ist vergessen gegangen und ich weiss nicht, ob das noch kommt. Man würde vielleicht besser in die hässlichen Gärten schauen, die wir in Kreuzlingen teilweise haben. Dort gehören Bäume hin. Da gibt es riesige Flächen. Wiesen, wo den ganzen Tag Rasenroboter fahren. Da gibt es keinen Igel, gar nichts, was leben kann. Dort gehören meiner Meinung nach Bäume hin und nicht auf die Strasse.

Dann noch zu den Parkplätzen: SR Zülle hat die Geschäfte aufgezählt, die Parkplätze zur Verfügung stellen. Das ist ja gut und recht und ich glaube, das müssen sie auch. Aber die haben keine grosse Freude, wenn Auswärtige kommen und diese Parkplätze benutzen. Dafür sind diese Parkplätze nicht da. Sondern sie sind für die Personen, welche diese Geschäfte besuchen. Aber alle anderen, die halt nach wie vor nach Konstanz möchten, suchen dann Parkplätze, und ich weiss nicht, ob man sich dort hinstellen oder eine Tafel aufstellen will, "hier sind keine Parkplätze für Konstanz-Besucher, gehen Sie woandershin". Das muss man sich schon überlegen, dass am Schluss Parkplätze zur Verfügung stehen müssen, wo auch immer. Diese haben wir aber nicht oder diese werden wir sicher zu wenig haben. Der Verkehr wird nicht abnehmen und die Autogrössen nehmen immer zu. Man spricht über Ökologie, Ökonomie usw., aber die Autos werden immer grösser. Jeder braucht zwei oder drei Autos, selbst die, die sich Grüne nennen, haben mehr als ein Auto. Da frage ich mich auch, was für eine Entwicklung das ist. Diese ist in meinen Augen total paradox.

GR Huber: Es geht nur darum, GR Portmann und GR Ribezzi, ihr wisst, was ein Flaschenhals ist. Ein Flaschenhals ist genau das, was vor Konstanz passiert. Ihr könnt es jedes Mal anschauen, wenn die Autos kommen und dort nicht mehr weiterkommen, dann haben wir den ganzen Verkehr in Kreuzlingen. Es ist nicht Kreuzlingen, sondern Konstanz ist der Flaschenhals, und das ist eigentlich das Thema. Und GR Portmann, noch etwas: Was du vorhin erzählt hast, sind alles Kantonsstrassen. Wenn du ein Verkehrskonzept willst, dann musst du Richtung Frauenfeld gehen. Dort oben planen sie das Verkehrskonzept für den Kanton. Das Gleiche ist GR Ricklin, wenn du über ein Velowegnetz reden willst, dann musst du das bitte im Kantonsrat machen, denn das wird alles dort oben diskutiert und nicht in Kreuzlingen. Wir können nur das in der Gemeinde machen, dass es für uns Kreuzlinger alles gut wird. Wir müssen Lebensqualität für Kreuzlingen machen und nicht riesige Autobahnen durch Kreuzlingen machen, damit wir sie irgendwie bis vor Konstanz bringen, und dort geht es dann nicht mehr weiter. Das funktioniert eben auch nicht.
GR Portmann: Lieber Cyrill, wie oft sprechen wir von der exzeptionellen Partnerschaft zwischen Kreuzlingen und Konstanz? Wie oft? Und jetzt kommst du, wir sind nicht das Problem. Wir sind ein grosses Problem, und das ist aus meiner Sicht der Stadtrat. Wie oft habe ich gesagt, sprecht einmal mit Konstanz. Sprecht mal an einem Samstag mit Konstanz, macht einmal Druck. Was haben sie gesagt? Sie bauen die Autobahn, bevor wir unsere Autobahn gebaut haben. Das war vor Jahrzehnten. Wir haben unsere Autobahn gebaut, sie haben ihre Anschlüsse heute noch nicht. Das geht auf unseren Buckel. Wenn die Stadt Konstanz am Wochenende kommt und sagt, wir machen Verkehrskadettenübung – an einem Samstag, nota bene alle zwei Wochen. Geht einmal zum Döbelikreisel, wir sperren die Fahrt am Döbelikreisel Richtung Grenzzollanlage, da muss alles über den Emmishofer Zoll. Wieso hat die Stadt Kreuzlingen nicht die Eier – Entschuldigung, wenn ich es einmal so sage – und tritt denen einmal auf die Füsse? Wenn man als Gewerbler mit dem Präsidenten von Konstanz redet, sagt dieser, von Konstanz kommt nichts. Die Verkehrsregelung, die das macht, ist nicht bei uns direkt unterstellt, aber die haben deswegen von Kreuzlingen noch nichts gehört. Ich habe dem Stadtpräsidenten schon ein paar Mal gesagt, was hier passiert. Das gibt es auch andersherum. Das gibt es andersherum, dass Leute von Deutschland kommen und zu mir ins Geschäft wollen, dann ist die Zufahrt zum Emmishofer Zoll gesperrt, weil sie sagen, wir machen das heute von der Konstanzer Seite her nicht. Dann jagen sie alles über die Grenzzollanlage, die kommen alle aufs Bärloch zu. Dann wollen sie an die Konstanzerstrasse oder durchs Bärloch, und das gibt einen Stau. Nicht gelogen. Wir haben Leute, die am Samstag anrufen und sagen: "Herr Portmann, ich stehe seit 15.00 Uhr hier, mein Navi zeigt an, es wird 16.45 Uhr, bis ich bei Ihnen bin." Und das für diesen kurzen Weg. Wir als Kreuzlinger müssen einmal mehr Druck machen, damit die Konstanzer ihr Verkehrsproblem lösen, dann entlastet das die Stadt Kreuzlingen auch. Aber das bist nicht du Cyrill und das bin nicht ich und das ist auch nicht der Gemeinderat hier, sondern es ist der Stadtrat, der gehen und sagen muss, wir als Stadt Kreuzlingen wollen etwas haben. Schaut einmal für unsere Bevölkerung. Denn dann haben wir einen grossen und schnellen Fluss auf dieser Seite. Aber wenn wir uns die ganze Zeit dreinpfuschen lassen und uns nicht auf die Beine stellen, werden wir dieses Problem nie los. Und wenn das Problem einmal gelöst ist, brauchen wir ein Strassenkonzept allgemein. GR Ribezzi hat es gesagt. Ich wohne an der Sonnhaldenstrasse in Kreuzlingen. Wenn ich morgens um 7.30 Uhr losfahre, wie viele Autos fahren zwischen der Bergstrasse und der Bernrainstrasse hin und her? Konstanzer, Kreuzlinger, die einfach durch die Quartierstrassen flitzen, Stählistrasse, genau gleich Breitenrainstrasse, wie viele fahren dort durch? Das ist so verkehrsüberlastet und das ist nicht, weil wir nur ein Verkehrsproblem haben. Wir haben auch einen gewaltigen Zuwachs der Population. Zuzüger, die nach Kreuzlingen kommen, was schön ist, weil sie uns Geld bringen. Aber das ist nur der eine Aspekt. Der andere Aspekt ist die Strassenbenutzung und die Strassenzurverfügungstellung.

GR Ricklin: Ich finde durchaus, das Veloproblem ist auch ein Stadtproblem. Kreuzlingen-Siegershausen, wunderbar, Velostreifen, total breit, neben der Hauptstrasse. Dort muss niemand mehr auf der Strasse fahren. Unsere Aufgabe ist es doch, dass auch hier in der Stadt irgendwie zu erreichen, dass wir zumindest auch gute Hauptverkehrsachsen haben und möglichst versuchen, auch mit einem Veloverkehrskonzept die Velofahrer möglichst schnell durch die Stadt zu bringen. Dann würden nämlich auch mehr aufs Velo umsteigen, davon bin ich überzeugt, wenn man schneller von A nach B kommt, sei es von Süd nach Nord oder von West nach Ost. Da müssen wir doch einfach auch bessere Velostrassen haben und nicht einfach immer dieses Mischkonzept. Ich glaube einfach, das ist nicht die Zukunft. Wir haben es auch gehört, die Trennung ist das, was visionär ist und nicht das, was wir jetzt haben.
GR Salzmann: Ich habe zwei Fragen. Ist das Konzept oder die Botschaft, die wir vor uns haben, technisch so gestrickt, dass man zu einem späteren Zeitpunkt Kleinfunkzellen montieren kann? Ich möchte das gern zuhanden des Protokolls haben, dass wenn es später heisst, es geht nicht, wir das jetzt wissen. Und meine zweite Frage: Jede Strasse hat auch einen Unterhalt und verursacht Unterhaltskosten. Es kann Unterhaltsertrag sein in Form von Parkplatzgebühren oder Busseneinnahmen, oder es können Unterhaltskosten sein in Form von Reinigung oder Gärtnerarbeiten. Kann man eine Aussage machen, wie sich diese Unterhaltskosten verändern werden mit diesem Projekt, als wenn wir einfach eine normale Strassensanierung machen würden? Ich möchte den Stadtrat bitten, in Zukunft dem Unterhalt der Strasse – Erträge und Aufwände – ein Kapitel zu widmen, wenn wieder einmal eine Strassenbotschaft kommt.
SR Zülle: Wir haben selbstverständlich ein Velokonzept, wir haben selbstverständlich ein Langsamverkehrsprogramm seit 2015, man müsste nur hineinschauen. Die Gemeinderäte haben das, wie es genau geplant sein sollte. Aber wir können nicht das ganze Velonetz bauen, ohne die Strassen anzufassen. Damit man nicht zu viele Baustellen hat, macht man das für die Velos, wenn man eine Strasse saniert. 30er-Strassen haben keinen Velostreifen oder einen extra Veloweg, wie es zum Beispiel in Bätershausen ist. Dort nimmt man einfach Kulturland und macht einen Streifen, dann funktioniert das.
Der Ratspräsident: SR Zülle, darf ich darauf hinweisen, dass du auf die Fragen antwortest, ausser wenn es etwas Neues ist. Ich zumindest habe das heute Abend schon gehört.
SR Zülle: Also ihr wisst, bei 30 geht das nicht. Also mit Velos schon, aber nur im Mischverkehr. Jetzt zu den Unterhaltskosten: Ich habe heute mit dem Werkhof gesprochen, sie rechnen nicht jeden Baum ab, daher können sie nicht sagen, wie viel es kostet. Mehr Bäume bedeutet etwas mehr Unterhalt. Das ist die Antwort. Ob das in Franken aufgerechnet werden muss, weiss ich nicht. Ob das bei einer Strassengestaltung matchentscheidend ist, um Ja oder Nein zu sagen, ist wahrscheinlich nicht so entscheidend. Es braucht ein bisschen mehr Unterhalt, was die Baumpflege anbelangt, den Rest hat man auch sonst. Reinigung hat man auch sonst, Baumpflege ist etwas mehr. Dann ist es so, wenn 20 Autos weniger parkieren, gibt es auch Ausfälle mit den Parkplatzgebühren, das ist ganz logisch. Ich habe aber vorhin aufgezählt, dass es in den letzten zwei Monaten höchstens 27 waren, die überhaupt auf der Strasse standen. Es sind also jetzt schon immer weniger dort als 45. Von da her glaube ich nicht, dass das nur im Portemonnaie spürbar ist. Kleinfunkzellen ist nicht ganz mein Metier, aber ich kann es sagen, weil SR Beringer es bereits gesagt hat. Es ist möglich, und zwar bei jedem Kandelaber sind Kleinfunkzellen zum Andocken möglich.
GR Brändli: Vielleicht noch eine Meinung aus unentschlossener Position: Wir haben heute Abend sicher sehr viele gute Voten gehört in diese oder jene Richtung, wie wir weitergehen, wie wir vors Volk gehen. Ich sehe, es gibt keine grosse Mehrheit in diese oder jene Richtung, es gibt wahrscheinlich auch viele Enthaltungen. Gehen wir eventuell mit einer knappen Mehrheit vors Volk oder sogar mit einer Minderheit? Das würde ich persönlich nicht riskieren. Deshalb komme ich aufs Votum von GR Pleuler zurück, dass wir nach der materiellen Beratung, die gar nicht mehr so lange dauern kann, weil wir materiell schon sehr viel abgehandelt haben, auch über einen Rückweisungsantrag sprechen müssen. Wahrscheinlich stellt ihn GR Pleuler, sonst werde ich es dann machen. Wie ich SR Zülle gehört habe, steht aber auch immer noch das Geld aus dem Aggloprogramm im Raum, weshalb wir mit dieser Baustelle 2025 anfangen sollten, damit wir diese Gelder erhalten. Ich glaube, die Stadtverwaltung und die Bauverwaltung würden es schaffen, wenn wir heute eine Rückweisung machen, dass wir trotzdem in diesem Zeitfenster bleiben und dass es bei der Vorlage einer neuen Botschaft hier nicht mehr so viele

Diskussionen gibt, sondern dass das Beste von heute Abend dort einfliesst und der Gemeinderat dann in der neuen Zusammensetzung dieser Botschaft auch wirklich zustimmen kann, dann geht es dann auch beim Volk durch. Deshalb bitte ich euch, macht jetzt bitte die materielle Beratung, dann können wir zum Rückweisungsantrag kommen.
Der Ratspräsident: Ich würde jetzt gern die materielle Vorberatung respektive die Meinungsäusserung zum Projekt abschliessen, eine Pause machen und dann in die materielle Beratung gehen.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Artikel 1 – Ausgangslage
GR Schläpfer: Ich musste jetzt so lange auf die materielle Beratung warten, jetzt möchte ich es doch noch sagen, auch wenn einiges schon gesagt worden ist. Wir sprechen hier von 8'000 Fahrzeugen und ich bin sehr erstaunt, dass erst am Schluss etwas über 8'000 Fahrzeuge gesagt worden ist. Ich habe das in der BU bereits eingebracht und möchte das hier auch noch einmal anbringen. Diese 8'000 Fahrzeuge könnten wir verhältnismässig einfach reduzieren. Woher kommt der Verkehr? Das haben wir heute Abend auch schon gehört. Er kommt vom Emmishofer Zoll oder von Romanshorn und geht Richtung Emmishofer Zoll. Wenn wir nur für den eingehenden Verkehr vom Zoll her bei der Brückenstrasse ein Linksabbiegerverbot machen würden, hätten wir auf der Hauptstrasse und auf dem Boulevard, den man eigentlich autofrei machen wollte, massiv weniger Verkehr. Jetzt ist dort unten die Parkplatzsituation ein bisschen anders geworden, jetzt könnte man vielleicht etwas regeln mit einem Zubringerdienst, dass der Durchgangsverkehr ausgebremst wird. Es gehört nicht zur Hauptstrasse, aber es ist ein Bestandteil dieser 8'000 Fahrzeuge. Ich möchte das noch einmal gesagt haben, man müsste wirklich auch dort den Hebel ansetzen. Ich hoffe, das stösst irgendeinmal auf offene Ohren.

Rückkommen

GR Pleuler: Wie angekündigt, stelle ich im Namen eines Grossteils der FDP/Die Mitte/EVP-Fraktion den Antrag, die Botschaft für das Kreditbegehren Hauptstrasse Nord an den Stadtrat zurückzuweisen. Die Gründe wurden heute Abend vielfältig genannt. Das Fazit ist, die Begrünung und Aufwertung dieser Strasse wird begrüsst, dies sollte man beibehalten. Was man bei einer allfälligen Rückweisung hingegen wünscht, dass nochmals überprüft wird, ob es nicht eine Möglichkeit für getrennte Velowege gibt, die Fussgängersituation überprüfen sowie die Überprüfung der Parkplatzsituation, ob ein Abbau vermieden werden kann, und falls das nicht nötig ist, dass man aufzeigt, wie dieser Abbau kompensiert wird.
GR Rüegg: Ich habe natürlich Verständnis für den Rückweisungsantrag, und die Beweggründe hat er geschildert. Das Problem ist nur, die Gründe, die du nennst, haben viele heute Abend nicht und haben ganz anders gesprochen. Ich bin ziemlich sicher, wenn es eine Rückweisung gibt, wird das, was du dir wünschst, nicht passieren, sondern es wird etwas anderes passieren. Viel mehr Parkplätze, weniger Bäume, es wurde genannt, grüne Welle und weiss ich was alles kritisiert wurde. Für mich wird es dann schwierig, wenn eine Rückweisung zustande käme. Wir haben das auch diskutiert und sind zum Schluss gekommen, unter dem Strich verlieren wir mehr, denn die anderen Argumente werden gehört und müssen berücksichtigt werden, sonst wird es nächstes Mal wieder abgelehnt. So verstehe ich es, die Signale sind eindeutig. Daher plädiere ich dafür, die Botschaft nicht zurückzuweisen. Die Abklärungen kann man trotzdem noch machen und kommunizieren. Die Kommunikation ist eigentlich wichtiger als der Inhalt, denn man kann etwas Gutes schlecht kommunizieren, dann fällt es runter, und man kann etwas Schlechtes sehr gut kommunizieren, dann kommt es durch. Ich wäre dafür, dass wir ein gutes Projekt gut kommunizieren und so ergänzen, wie GR Pleuler gesagt hat.

GR Knöpfli: Ich werde den Rückweisungsantrag unterstützen, und zwar aus folgendem Grund: Ich finde das Projekt wirklich super und ich hätte es gern, wenn alle Verkehrsteilnehmenden sich gleichzeitig und mit Rücksichtnahme auf einer schön gestalteten Strasse aufhalten könnten. Aber nicht bei 8'000 Autos pro Tag. Da habe ich es mit Kollege Schläpfer. Wenn man die Garantie hätte, dass gegen diese 8'000 Fahrzeuge etwas unternommen wird, sähe es anders aus. Aber wenn ich damit rechne, dass dort immer noch diese 8'000 Autos pro Tag durchfahren – SR Zülle hat den Begriff siedlungsorientierte Strasse gebraucht, GR Ribezzi nannte es eine Durchfahrtsstrasse – in meiner Wahrnehmung sind 8'000 Autos eher in Richtung Durchfahrtstrasse. Wenn ich zu Hause einen Hund habe und lieber eine Katze hätte, dann kann ich diesem Hund nicht mehr Bello sagen, ich kann ihm Miezi sagen, ich kann ihm Katzenfutter, statt Hundefutter zu fressen geben, ich kann auch noch ein Foto von einer Katze über seinen Korb hängen, wenn ich hinschaue, ist es immer noch ein Hund. Ich glaube, wir müssen bei diesen 8'000 Fahrzeugen ansetzen, dann kommt es gut.
GR Zülle: Ich bin mir gerade vorgekommen wie bei einem Flipperkasten von früher. Die Voten gingen hin und her und nach allen Seiten. Aber das hat mir eigentlich nur etwas gezeigt, nämlich dass es ein gutes Projekt ist, weil offensichtlich von allem etwas berücksichtigt worden ist. Ich glaube, den Fünfer und das Weggli können wir schlicht und einfach nicht haben. Ich glaube, dass es nachher ein grösseres Ungleichgewicht gibt in die eine oder in die andere Richtung, deshalb werde ich diese Rückweisung ablehnen.
SR Zülle: Ich würde diese Rückweisung nicht empfehlen, und zwar genau aus dem Grund, dass wir eigentlich alles gehört haben. Wir haben versucht, einen Kompromiss zu finden, der für alle Verkehrsteilnehmer gut ist. Dass sich jetzt die Velofahrer so unwohl fühlen, wundert mich einfach, denn im ganzen Wohnquartier haben wir überall 30 und wir haben nirgendwo Velostreifen. Und überall geht es. Es geht angeblich nur auf dieser Strasse nicht. An der Seestrasse und an der Bahnhofstrasse haben wir versucht, neben der Strasse extra Velowege zu machen. Was war die Folge? Hochgefährlich, und zwar wegen der Einfahrten und wegen des Gegenverkehrs. Die Bahnhofstrasse lässt grüssen, die Seestrasse lässt grüssen, dort laufen sogar die Fussgänger auf den Velowegen. Wir haben immer Reklamationen, wir haben auch leichte Unfälle. Vor allem wegen der Einfahrten und der Autos, die darüberfahren müssen, ist diese Strasse nicht geeignet für einen Veloweg. Wenn man einen Veloweg macht, muss man entweder eine Reihe Bäume entfernen oder eine Reihe Parkplätze. Ihr könnt noch ausjassen, was schlauer ist. Das ist so etwas Schlimmes, wenn man von hier nach dort gerissen wird und am Schluss doch den Kompromiss suchen muss. Ich bin absolut überzeugt, wenn man die einen Voten hört, die keine Bäume und viele Parkplätze wollen, dann wird die andere Seite Nein stimmen, dann sind wir in drei Monaten wieder genau gleich weit wie jetzt. Wenn man dahinterstehen kann, dass wir eine schlaue, gute, siedlungsorientierte Strasse machen, eine 30er-Zone, eine schmale Strasse, dann bin ich überzeugt, da fahren nicht mehr 8'000 Autos pro Tag durch. Sie wird auch missbraucht, weil sie zu breit ist. Das hat auch einen Grund, sie wird so einladend breit dargestellt. Wenn sie fast eine Quartierstrasse wird, dann wird sie weniger benutzt von solchen, die Abkürzungen machen. Das andere Problem müssen wir lösen. Die Konstanzerstrasse-Abbiegegeschichte werden wir wieder prüfen. Wir haben es schon einmal geprüft und haben leider ein bisschen abwegige Antworten erhalten, weil dann einige Umwege machen müssen. Herr Portmann muss dann um die halbe Stadt fahren, um in die Innenstadt zu kommen, wenn wir dort ein Abbiegeverbot machen. Da gibt es auch Leute, die das nicht gern haben. Aber wir können es prüfen, daran soll dieses Projekt nicht scheitern. Ich möchte Sie einfach bitten, diesem Projekt zuzustimmen, Mut zu haben und das zu machen, was auf euren Wahlprospekten steht, nämlich vorwärts mit Kreuzlingen. Das habe ich überall gelesen, ganz aufmunternd etwas für Kreuzlingen machen. Macht etwas, und das wäre ein erster Schritt.

GR Andreas Hebeisen: Ich möchte noch einen Gedanken einbringen, der mir am Herzen liegt. Das ist eine Botschaft, die in die Volkszuständigkeit fällt, nicht in unsere Zuständigkeit. Mir wird es immer so mulmig, wenn diverse Exponentinnen und Exponenten hier drin sagen, die Bevölkerung will und das Volk will usw. Ich vertrete vielleicht einen unbedeutenden, aber trotzdem einen Teil der Bevölkerung und ich würde mich eigentlich nie dazu hergeben, vorwegzunehmen, was das Volk eigentlich will. Wir haben viele Projektkosten da drin und vor allem müssen wir bis 2025 anfangen, damit wir die CHF 1.22 Mio. abholen können. Bei einer Rückweisung ist das Risiko gross, dass wir das nicht schaffen und dann diese Agglogelder nicht haben. Ich finde es eigentlich eine parlamentarische Verantwortung, dass wir dafür schauen, dass diese Vorlage vors Volk kommt mit diesem CHF 1.22 Mio., das ist ein namhafter Betrag. Wir müssen dem Volk die Chance geben, darüber abzustimmen. Wenn wir jetzt in Vorwegnahme der angeblichen Volksmeinung, die ja jeder und jeder hier drin vertritt, eine Rückweisung machen und damit riskieren, dass wir die CHF 1.22 Mio. nicht mehr haben, dann ist das eine Schindluderei am Volk. Und man darf nicht vergessen, es ist nicht ein schöner Strassenabschnitt und wir sollten den Leuten, die hier eine Verbesserung möchten, innert Kürze die Chance geben, darüber abzustimmen. Wenn das Volk Nein sagt, dann haben wir eine Rückweisung, aber durch das Volk und nicht vorwegnehmend durch den Rat. Ich finde das demokratisch fragwürdig.

Abstimmung
Der Rückweisungsantrag wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung
Die Botschaft wird zuhanden der Volksabstimmung mit 23 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

14. Schwimmbad Hörnli
    a. Vorzeitiger Heimfall der Liegenschaft Nr. 6059, Auflösung des Baurechtsvertrags mit der Genossenschaft Schwimmbad Hörnli und Zustimmung der Vereinbarung über die Übernahme
    b. Übernahme der Betriebsführung der Gesamtanlage Schwimmbad Hörnli durch die Stadt Kreuzlingen ab dem 1. Januar 2024

Eintreten ist unbestritten.

GR Andreas Hebeisen: In Kreuzlingen kann man übrigens nicht nur Autofahren, sondern auch schwimmen. Ich möchte den gemeinderätlichen Triathlon noch mit dieser Fortbewegungsart ergänzen, wenn ihr mir das erlaubt. Ich kann dann im Schwimmbecken den Stau suchen, doch um das zu verhindern, habt ihr diese Vorlage auf dem Tisch. Wir hatten am 1. März unsere Sitzung zur Auflösung des Baurechtsvertrags. Nur auf die politisch relevanten Fragen einzugehen, finde ich eine parlamentarische Disziplin. Die politisch relevante Frage in dieser Vorlage ist: Was kostet der Stadt eine Auflösung des Baurechtsvertrags? Über den Übernahmevertrag spricht anschliessend GR Brändli. Das seht ihr in der Botschaft auf Seite 3 unter 3.2. Maximal CHF 500'000. Das müssen wir aber nicht bezahlen, sondern das können wir verrechnen. Ausgegeben ist es natürlich trotzdem, aber es tut ein bisschen weniger weh, wenn man es verrechnen kann, als wenn man bezahlen muss. Und in Beilage 4 seht ihr, wie sich diese CHF 206'000 zusammensetzen, die wir verrechnen können. Ich wiederhole das nicht, ihr habt es bereits nachgelesen. Das Wesentliche ist, wenn wir den Übernahmevertrag anschauen (Beilage 3, Seite 2 unter 4a), steht ein ganz wesentlicher Satz: "Ein eventuell nach Liquidation noch vorhandener Rest der Entschädigung wird der Grundeigentümerin rückvergütet." Was heisst das auf Schweizerdeutsch übersetzt? Man muss jetzt noch verschiedene Sachen klären. Die Genossenschaft weiss noch nicht genau, was diese Liquidation kostet. Am Schluss haben wir gewisse Beträge, was es die Genossenschaft kostet. Und wenn bei diesen etwas verbleibt, geht es zurück an die Stadt Kreuzlingen. Das

ist wichtig zu wissen. Die Genossenschaft hat nichts mehr, aber sie erhält das Geld, um sich zu liquidieren und selbst keine Schulden mehr zu haben. Das ist einfach gesagt die Ausgangslage und das gewollte Ergebnis dieser Transaktion. SR Raggenbass wird noch eine Ergänzung anbringen, dazu sage ich nichts. Das Ergebnis in der Kommission AuA war einstimmig dafür.

GR Brändli: Die GKS hat die Botschaft mit dem Hauptaugenmerk auf Ziffer b durchgearbeitet. Ihr wisst es, das Genossenschaftskapital beträgt CHF 157'000, der städtische Anteil liegt bei CHF 65'000. GR Hebeisen hat es erklärt, ein allfälliger Überschuss aus der Liquidation fliesst zurück an die Stadt Kreuzlingen. Jetzige Mitarbeiter haben eine Arbeitsplatzsicherheit für ein Jahr und werden übernommen. Und Vereine dürfen oder müssen auch im nächsten Jahr keine Bahn- und Wassernutzungsgebühren bezahlen. Ab dem 1. Januar 2025 werden die Weichen neu gestellt, dann müssen sie vielleicht ein bisschen mehr schwimmen. Betreffend die Motivation und warum überhaupt das Schwimmbad Hörnli von der Stadt übernommen werden soll, wurde geantwortet, dass die Stadt seit 15 Jahren Einsitz hat, die Schule es nicht wollte oder nicht will – warum auch immer, das ist Sache der Schule. Und mit der faktischen Übernahme des Hallenbads Egelsee macht es durchaus Sinn, dass die Stadt parallel dazu auch das Hörnli betreibt. Wahrscheinlich der wichtigste Aspekt dieser ganzen Geschichte ist Beilage 2 der Botschaft, nämlich die finanzielle Unterstützung für das Schwimmbad Hörnli von 2005 bis 2022. Betriebskostenbeiträge von rund CHF 2'286'000, Investitionsbedarf von rund CHF 9'800'000 und Beiträge für baulichen Unterhalt von rund CHF 1 Mio. Wer gibt solche Summen aus und hat ausser Aufwendungen rein gar nichts bei diesem Schwimmbad zu sagen und muss sogar noch bezahlen, wenn er schwimmen geht? Ich spreche hier vom Kreuzlinger Stimmbürger oder von der Kreuzlinger Bevölkerung. Wir geben riesige Beträge aus, aber wir müssen noch bezahlen, damit wir schwimmen dürfen. Wenn wir das Schwimmbad übernehmen, fliessen wenigstens die Einnahmen auch in die Stadtrechnung ein, was klar Sinn macht. Die Kommission GKS ist einstimmig für Annahme dieser Botschaft.

GR Knöpfli: Ich hatte gestern Geburtstag und anders als Kollege Rüegg erlaube ich mir, wie in den letzten 57 Jahren auch in Zukunft so zu sprechen, wie mir der Schnabel gewachsen ist – wegen männlich und weiblich.

Für die FDP/Die Mitte/EVP-Fraktion ist die Zusammenlegung des Schwimmbads Hörnli mit dem Familien- und Freizeitbad Egelsee ein logischer weiterer Schritt in der Entwicklung von Kreuzlingen hin zu einer Sportstadt. Logisch und eigentlich auch unabdingbar. Trotzdem haben wir uns natürlich umfassend mit der vorliegenden Botschaft (Teil a. und b.) auseinandergesetzt. Die finanziellen Auswirkungen für die Stadtkasse halten wir für bescheiden und absolut überschaubar, hat doch schon in der Vergangenheit die Stadt über die Defizitgarantie mögliche Verluste ausgeglichen und nötige Investitionen zum grössten Teil sowieso auch selbst übernommen. Was die eingestellten CHF 500'000 für die Übernahme des Betriebs und die Auflösung der Genossenschaft betrifft, gehen wir ebenfalls davon aus, dass diese reichen, einen so grottenschlechten Sommer kann es glaub nicht geben. Die grösste Auswirkung, diese aber im positiven Sinn, betrifft die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden im Hörnli. So saisonale Verträge sind eigentlich nur von einer sehr eingeschränkten Personenzahl machbar. Vier bis fünf Monate quasi rund um die Uhr, dann ein halbes Jahr Ferien oder wenig bis gar keine Arbeit ist nicht für alle lustig und schon gar nicht, wenn eine Familie betroffen ist. Daher schätzen wir den Wechsel zu Ganzjahresverträgen, die mit dieser Übernahme auch verbunden sind, wirklich sehr. Auch die Verträge über die Auflösung der Genossenschaft und die Auflösung des Baurechtsvertrags beurteilen wir als absolut fair für alle Beteiligten. Dass alle Mitarbeitenden zu aktuellen Konditionen für ein Jahr übernommen werden, finden wir ebenfalls fair. Und dass dann halt irgendwann eine neue Zeitrechnung beginnt, ist eben auch logisch. Negatives oder Änderungswürdiges finden wir in dieser Botschaft nicht, und so kam auch die Abstimmung an der Fraktionssitzung für beide Teile a. und b. der Botschaft einstimmig mit Ja heraus.

Zum Schluss wollen wir es aber nicht unterlassen, ein riesengrosses Dankeschön auszusprechen, und zwar an alle fleissigen ehemaligen und aktuellen Helfenden im Schwimmbad und an alle unermüdlichen ehemaligen und aktuellen Vorstandsmitglieder der Genossenschaft Schwimmbad Hörnli. Sie haben über viele, viele Jahre einen unglaublich guten Job gemacht und einen noch unglaublicheren Einsatz geleistet. Ohne euch wäre Kreuzlingen nicht, was es ist. Vielen herzlichen Dank.

GR R. Herzog: Bereits seit vielen Jahren ist die Stadt Kreuzlingen finanziell engagiert im Schwimmbad Hörnli. Die Stadt hat bisher grosse Investitionen getätigt, hat einen jährlichen Betriebsbeitrag geleistet, es wurde vorhin bereits erwähnt. Das Hörnli gehört ganz sicher zu den schönsten Freibädern der Schweiz und ist ein Magnet sowohl für die einheimische Bevölkerung wie auch für Touristen, insbesondere auch in der Kombination mit dem Camping Fischerhaus. Technisch und personell ist der Betrieb von Bädern in den letzten Jahren massiv komplexer, schwieriger und aufwendiger geworden. Ohne gut ausgebildete Fachkräfte, und die sind bekanntlich schwer zu finden, ist der Betrieb heute nicht mehr zu stemmen. Mit der Eröffnung des erweiterten und sanierten Schwimmbads Egelsee bietet sich der Stadt jetzt die Gelegenheit, die Betriebsführung beider Bäder, Hallen- und Freibad, in einer Hand zu vereinigen. Gerade angesichts der gestiegenen Komplexität der Aufgaben und Ansprüche macht dies nicht nur Sinn, sondern ist eigentlich ein Muss. Auch aus der Sicht der Angestellten bringt diese Zusammenführung für den Betrieb grosse Vorteile. Während die Festangestellten bisher innerhalb von fünf bis sieben Monaten die ganze Jahresarbeitszeit absolvieren mussten, war das ganz bestimmt weder gesundheitlich noch familienmässig tauglich und vertretbar und so auch mit grossen Schwierigkeiten verbunden, die nötigen Fachkräfte zu finden. Mit dem Zusammenschluss der beiden Bäder kann eine wesentliche Verbesserung für die Angestellten bewirkt werden, sodass sich die Arbeitszeit einigermassen vernünftig auf das ganze Jahr verteilen lässt. Das bringt umgekehrt aber auch der Stadt als Arbeitgeberin Vorteile, indem es so sicher einfacher sein wird, das geeignete Personal überhaupt zu finden. Die SP steht geschlossen hinter beiden Bädern, Hallen- und Freibad und befürwortet die Übernahme des Betriebs des Schwimmbads Hörnli durch die Stadt einstimmig. Die Vorlage a., der vorzeitige Heimfall und die Auflösung des Baurechtsvertrags ist die logische Konsequenz oder Voraussetzung für die Übernahme des Betriebs durch die Stadt. In den entsprechenden Vereinbarungen zwischen Stadt und Genossenschaft wurden unserer Ansicht nach alle wesentlichen Punkte sauber geregelt, namentlich auch was mit allenfalls übrigbleibenden finanziellen Mitteln am Schluss geschehen würde. In diesem Sinn schliesse ich mich dem bereits geäusserten Dank von GR Knöpfli an die Genossenschaftsmitglieder und all jene, die in den letzten 50 Jahren zu diesem Betrieb beigetragen haben, ganz herzlich an und darf sagen, dass unsere Fraktion einstimmig zustimmen wird.
GR Neuweiler: Mit dem Entscheid, dass man das Bad Egelsee übernimmt, ist auch klar, dass man das Hörnli in die Stadt überführen muss. Zu den Verträgen, also dem Vertrag über die vorzeitige Aufhebung des Baurechts sowie die Vereinbarung über eine Übernahme des Betriebs haben wir in der Kommission nichts gefunden. Beide Verträge sind sehr seriös erarbeitet und da können wir auch zustimmen. Wir bezahlen das Defizit schon jahrelang, wir haben es gehört, darauf möchte ich nicht weiter eingehen. Vielleicht noch zum Aspekt Genossenschaft: Da ist viel freiwillige Arbeit drin und tendenziell wird es immer schwieriger, Leute zu finden, die bereit sind, sich auf freiwilliger Basis einzusetzen, daher sind wahrscheinlich solche Genossenschaftsmodelle nicht zukunftsfähig. Leider ist das ein gesellschaftliches Problem, das haben wir jetzt, aber damit müssen wir umgehen, daher macht die Übernahme des Hörnli durch die Stadt durchaus Sinn. Die SVP-Fraktion wird bei beiden Punkten zustimmen.
GR Färber: Nachdem der Gemeinderat im vergangenen Herbst der Betriebsübernahme des Bads Egelsee bereits zugestimmt hat, macht die Zusammenführung und eine zentrale Betriebsführung beider Bäder Egelsee und Hörnli durch die Stadt Kreuzlingen Sinn. Die heutigen Anforderungen an eine moderne Technik und Infrastruktur sowie die notwendigen Investitionen konnten schon seit Jahren nur durch die Unterstützung der Stadt Kreuzlingen realisiert werden und somit zum Erhalt der Attraktivität unserer Stadt beitragen. Die Genossenschaft Schwimmbad Hörnli, deren Vorstand und Mitglieder haben seit der Gründung 1968 überwiegend ehrenamtlich über Jahrzehnte viel aufgebaut und geleistet, was eine besondere Würdigung verdient, auch von unserer Seite vielen Dank. Neben der Verbundenheit mit dem Bad Hörnli stellt die geplante Zusammenlegung beider Bäder und die Übernahme der Betriebsführung durch die Stadt Kreuzlingen sicherlich auch eine Entlastung dar. Die FL/G-Fraktion hat sich mit der Botschaft sorgfältig auseinandergesetzt und wird sowohl dem vorzeitigen Heimfall der Liegenschaft, der Auflösung des Baurechtsvertrags und der Vereinbarung über die Übernahme unter Punkt a. sowie der Übernahme der Betriebsführung durch die Stadt Kreuzlingen per 1. Januar 2024 unter Punkt b. einstimmig zustimmen.

GR Schulthess: Ich habe eine Frage an SR Raggenbass. Ist es möglich, dass man mit einem allfälligen Liquidationsgewinn einen lang gehegten Wunsch der Kreuzlinger Jugend in Erfüllung bringen könnte, indem man einen 5 m und einen 10 m Sprungturm baut?
SR Raggenbass: Das ist ein toller Traum. Es ist leider so, dass wir für die Liquidation nicht CHF 5 Mio. beantragt haben, sondern CHF 500'000. So viel technisches Know-how habe ich schon, dass wenn wir einen 10 m hohen Turm machen würden, das Becken auf jeden Fall nicht tief genug ist. Das würde das Ganze doch ziemlich verteuern und es würde nicht ganz reichen. Ich glaube, dafür müsste man eine gesonderte Botschaft fürs Volk machen.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Artikel 2 – Auflösung Baurechtsvertrag
SR Raggenbass: Ich habe hier eine ganz kleine Korrektur. In Beilage 3 auf Seite 1 steht: "Die Parteien sind übereingekommen, das Baurecht per 1. Januar 2024 vorzeitig aufzuheben." Warum ist es so, dass wir eine kleine Korrektur von wenigen Stunden machen wollen? Die Begründung ist, für die Berechnung der Heimfallentschädigung wird unter anderem auf den Buchwert Sachanlagen gemäss Bilanz der Genossenschaft per 31. Dezember 2023 abgestellt. Das wiederum wäre, wenn ein Baurecht per 31. Dezember 2023 aufgehoben wird, in der Bilanz auf den 31. Dezember 2023 nicht mehr als Sachanlage enthalten. Es ist eine rein buchhalterische Korrektur um ein paar wenige Minuten auf den 1. Januar 2024 und nicht auf den 31. Dezember 2023. Also ganz harmlos. Unsere Juristen haben das im letzten Moment noch gemerkt und wir wollten diese kleine Korrektur jetzt noch ergänzen. Das betrifft Seiten 1 und 2. Auch dort bitten wir um Verständnis, dass wir diese Korrektur im Grundbuchamt vornehmen würden.
Der Ratspräsident: Wenn keine Wortmeldungen gewünscht werden, gehe ich davon aus, dass Sie damit stillschweigend einverstanden sind.

Artikel 3.5 – Kioskbetrieb
GR Ribezzi: Ich würde gern wissen, ob das ausgeschrieben worden ist und warum ein Weinfelder und nicht ein Kreuzlinger das machen darf.
SR Raggenbass: Wir haben uns wirklich nicht nur vorbereitet, sondern wir konnten das auch schon in den Kommissionen erklären. Es wurde natürlich ausgeschrieben. Fünf Bewerbungen sind eingegangen, zwei haben ihre Bewerbung von sich aus zurückgezogen, das wären hiesige gewesen. Die Familie Olbrecht, die das Chili betreibt, welches jetzt umbenannt wurde, sehr viel Erfahrung hat, hat ein überzeugendes Konzept eingereicht. Das ist der Grund, weshalb wir mit ihnen den Vertrag abgeschlossen haben.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung
a. Dem Vorzeitigen Heimfall der Liegenschaft Nr. 6059, Auflösung des Baurechtsvertrags mit der Genossenschaft Schwimmbad Hörnli und Zustimmung der Vereinbarung über die Übernahme wird einstimmig zugestimmt.
b. Der Übernahme der Betriebsführung der Gesamtanlage Schwimmbad Hörnli durch die Stadt Kreuzlingen ab dem 1. Januar 2024 wird einstimmig zugestimmt.

Motionen

15. Motion zur Überprüfung von Art. 65 Abs. 4 zweiter Satz der Gemeindeordnung (GO) der Stadt Kreuzlingen / Begründung

GR Hummel: Im Zuge der Totalrevision der Gemeindeordnung im Jahr 2017 wurde unter anderem Art. 65 (vormals Art. 74) das Verhältnis zwischen Energie Kreuzlingen und der Stadt Kreuzlingen präziser geregelt und mit Absätzen ergänzt. Damit man weiss, worum es geht, zitiere ich den Wortlaut des besagten Abs. 4: "Die Technischen Betriebe entrichten der Gemeinde für die Nutzung von Grund und Boden eine angemessene jährliche Abgabe, die vom Gemeinderat festgelegt wird. Die Abgabe wird den Endverbrauchern und Endverbraucherinnen als Gebühr auf der Basis ihrer Netznutzung belastet." Das wurde alles schlankweg angenommen und ich möchte es gar nicht beschönigen, auch ich war damals beim Entscheid dieser Änderung dieses Artikels beteiligt. Im Kommentar stand "Ergänzung im Sinn der Praxis". Das hat mich – wie wahrscheinlich alle – dazu verleitet, dass ich diese Änderung nicht näher hinterfragt habe. Zudem ist natürlich die Wissenschaft der Berechnung der Netznutzungsgebühren, was alles dazugehört und was nicht dazugehört, für Normalsterbliche sowieso ein Buch mit sieben Siegeln. Erst als ich mir die Mühe gemacht habe, meine Stromrechnung genau anzuschauen, bin ich auf eine Position "Abgabe an die Stadt" gestossen. Meine genaueren Abklärungen, was es damit auf sich hat, haben ergeben, dass es sich hier genau um meinen Anteil an den Durchleitungskosten von CHF 500'000 handelt, welche Energie Kreuzlingen der Stadt bezahlt. Weiter habe ich herausgefunden, dass sowohl in der Stromversorgungsverordnung als auch in der Wegleitung der Elcom explizit festgehalten ist, dass die Aufgaben und Leistungen als Gemeinwesen nicht in den Netznutzungstarif einfliessen dürfen und gegebenenfalls separat auszuweisen sind. Das hat Energie Kreuzlingen auch so gemacht, sonst hätte ich es ja nicht gesehen. Die Weiterverrechnung einer internen Belastung von einer Abteilung zur anderen halten wir zumindest für sehr fragwürdig. Steuerzahler und Strombezüger sind weitgehend identisch. Den Steuerzahlern gehört die Infrastruktur der Stadt, Energie Kreuzlingen bezahlt für die Durchleitung und die Belastung an die Strombezüger weiter, das sind wiederum die Steuerzahler. Nebenbei stellt sich für uns dann auch noch die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage vor der Revision der Gemeindeordnung dieser Betrag weiterverrechnet wurde. Wir stellen Art. 65 Abs. 4 zweiter Satz rechtlich infrage, wir können uns aber auch irren. Unsere Motion zielt darauf hin, Rechtssicherheit zu schaffen und den rechtmässigen Zustand wieder herzustellen. Wir sind uns bewusst, dass das allenfalls Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Das kann aber nicht ein Argument sein, dass man auf einen allfälligen Entscheid zurückkommt und diesen korrigiert.

Der Ratspräsident: Der Stadtrat hat jetzt sechs Monate Zeit, um schriftlich auf diese Motion zu antworten und wird dann damit im Gemeinderat wieder vorstellig.

Postulate

16. Postulat Überprüfung und Änderung der Rechtsform der Energie Kreuzlingen im Hinblick auf die Herausforderungen der Energiestrategie 2050 / Stellungnahme

GR R. Herzog: In unserer Fraktion wurde die Stellungnahme des Stadtrats zum Postulat geprüft und diskutiert. Zuerst stellen wir fest, dass Energie Kreuzlingen die Prüfungen, welche sie aufgrund der aktuellen Verwerfungen im Energiebereich in den letzten paar Monaten bestehen musste, sehr gut gemeistert hat. Die Beschaffungsstrategien, welche Energie Kreuzlingen seit Längerem hat, haben sich bewährt und haben im Unterschied zu anderen Gemeinden nur zu einem vergleichsweise moderaten Preisanstieg bei der Energie geführt. Gleichzeitig ist sich unsere Fraktion aber auch bewusst, dass Energie Kreuzlingen vor sehr grossen Herausforderungen steht. Diese haben zum Teil bereits angefangen und kommen auch in Zukunft wirklich richtig heftig daher. Stichworte: Ausbau der eigenen Infrastruktur dringend nötig, entsprechende Wettbewerbe haben stattgefunden, Botschaften werden folgen. Starker Preis- und Margendruck, schwierige Märkte. Versorgungsthematik mit der Frage, ob Kreuzlin-

gen ein eigenes Wärmenetz errichten soll/kann. Dekarbonisierung, Energiewende, die grosse Herausforderungen mit sich bringt. Fachkräftemangel. Das sind nur einige der Herausforderungen, welche Energie Kreuzlingen vor sich hat. Diese Herausforderungen bringen grosse finanzielle, vor allem auch personelle Folgen mit sich. Die Ressourcen sind massiv gebunden im finanziellen wie im personellen Bereich. Das Postulat fordert, wenn man es genau liest, eine Überprüfung der Rechtsform eigentlich im Hinblick auf eine Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Das Postulat gibt in dem Sinn eine klare Zielrichtung vor. Der Stadtrat hat in seiner Stellungnahme diese Zielrichtung aber massiv ausgeweitet. Er schlägt vor, eine sogenannte ergebnisoffene Prüfung unter Einschluss aller möglichen Rechtsformen vorzunehmen. Dies entspricht einerseits nicht der Idee und Forderung des Postulats, und unsere Fraktion versteht eigentlich nicht, warum der Stadtrat einen solchen offenen Prozess starten möchte. Für unsere Fraktion ist auch klar, dass gerade auch in der aktuellen Situation gewisse Rechtsformen sicher überhaupt nicht infrage kommen, nicht denkbar sind für uns, aber auch politisch völlig unumsetzbar und nicht opportun wären. Wir hätten vom Stadtrat eine zielgerichtetere Antwort auf dieses Postulat erhofft und einen Überprüfungsprozess, der schonender mit den personellen Ressourcen von Energie Kreuzlingen umgeht. Dazu braucht es aber einen klaren strategischen Entscheid und ein klares strategisches Ziel des Stadtrats in Bezug auf diese Frage der Rechtsform. In der vorliegenden Form kann unsere Fraktion daher dieser Stellungnahme des Stadtrats nicht zustimmen. Wir möchten mit diesem Entscheid aber keineswegs die Arbeit von Energie Kreuzlingen infrage stellen, kritisieren oder als negativ darstellen. Wir schätzen im Gegenteil die Arbeit, die geleistet wurde, ausserordentlich und finden auch, dass die Ressourcen wie gesagt schonend eingesetzt werden müssen und dass man nicht solch weite Horizonte für diese Abklärungen öffnen soll, sondern dass das unserer Meinung nach zu weit ist und zu weit geht und zu viel Energie von Energie Kreuzlingen verpuffen lässt. Die Herausforderungen sind gross genug, überladen wir das Fuder nicht mit einer Überprüfung von so breiter Art. Deshalb sind wir nicht zufrieden mit dieser Antwort und können damit nicht einverstanden sein.

GR Salzmann: Unsere noch existierende Vielparteienfraktion lehnt dieses Postulat mehrheitlich ab. Wir danken dem Stadtrat aber ausdrücklich insbesondere für die Gegenüberstellung der drei Varianten, der drei Listen A, B und C. Sollte das Postulat trotz unseres Neins durchkommen, wäre es sicher sinnvoll, dieser Liste noch einen anderen Aspekt hinzuzufügen, nämlich den steuerlichen Aspekt. In diesem Postulat zeigt sich, dass mit dem gegenwärtigen Gebilde oder der gegenwärtigen Struktur von Energie Kreuzlingen der Gemeinderat seiner Aufsichtsfunktion gegenüber dem Stadtrat und der Stadtverwaltung am besten nachkommen kann. Bei den anderen Varianten spielt der Gemeinderat praktisch keine Rolle mehr. Und ja, wir sind alles andere als Spezialisten und vermögen manch komplexer Ausführung der Verwaltung von Energie Kreuzlingen nicht bis ins letzte Detail zu folgen. Zumindest mir geht es so. Aber das ist nicht der Punkt. Unter der bisherigen Verwaltung von Energie Kreuzlingen erkennen wir eine klare Strategie, sich vom Kerngeschäft zu entfernen. Man kümmert sich um Auslandinvestitionen, Kunden ausserhalb unseres Versorgungsgebiets wie Swisspower Renewables und dergleichen. Da will Energie Kreuzlingen natürlich mehr Freiheit. Völlig verständlich. Die Mehrheit unserer Fraktion ist aber der Meinung, dass Energie Kreuzlingen sich auf das Kerngeschäft konzentrieren soll und sich auf das Kerngeschäft konzentrieren muss und deswegen weiterhin als Abteilung der Stadtverwaltung geführt werden soll. Deshalb empfehlen wir, das Postulat abzulehnen.

GR Gremlich: Die SVP-Fraktion hat sich natürlich auch intensiv mit diesem Postulat auseinandergesetzt. Ich mache es jetzt ein bisschen kürzer, weil einige Sachen schon doppelspurig laufen. Dabei haben sich uns folgende Fragen gestellt: Wo gibt es wirklich ein Problem mit der heutigen Rechtsform? Wir finden nichts Konkretes. Wann stand die Verwaltung im Zusammenhang mit einer Volksabstimmung bezüglich Energie Kreuzlingen das letzte Mal unter starkem Zeitdruck? Unserer Fraktion kommt keine Situation in den Sinn. In welchem Bereich ist Energie Kreuzlingen aktuell nicht wettbewerbsfähig? Wo fehlt bei der jetzigen Form die Flexibilität? Auch dafür finden wir kein Beispiel. Energie Kreuzlingen hat jetzt schon kurze Entscheidungswege. Bei den neuen vorgeschlagenen Geschäftsformen öffentlich-rechtliche Anstalt oder auch Aktiengesellschaft hat hauptsächlich die Generalversammlung die Möglichkeit, etwas an der Unternehmensstruktur zu ändern. Wenn man die aktuelle Entwicklung mit den höheren Beschaffungskosten, Abgaben und weiterhin relativ grossem Investitionsbedarf bei

gleichzeitig geringerem Kapitalfluss betrachtet, ist es wahrscheinlich gar nicht so falsch, wenn die politischen Gremien weiterhin ihren Einfluss beibehalten können. Wir meinen, Korrekturen, sprich Änderungen sollten dann vorgenommen werden, wenn Handlungsbedarf besteht. Diesen sieht die SVP-Fraktion aktuell nicht. Aus diesem Grund werden wir dem Postulat nicht zustimmen.
GR Rüegg: Wir hatten im Vorfeld ein Kommunikationsproblem, daher gab es keine offizielle Stellungnahme, da es das Postulat von Daniel Moos war. Der kurzen Rede langer Sinn, wir werden diesem Postulat gemäss Antrag des Stadtrats zustimmen, dass das entsprechend geprüft wird. Ob es alle sind, weiss ich nicht, aber die links und rechts von mir.

Abstimmung
Das Postulat wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Interpellationen
17. Interpellation Bedingungen für die Subventionierung von Kitas / Beantwortung

GR Wittgen: Da wir mit der Antwort des Stadtrats nicht ganz zufrieden sind, beantragen wir Diskussion.

Abstimmung
Der Antrag auf Diskussion wird angenommen.

GR Wittgen: Wir bedanken uns für die Beantwortung dieser Interpellation. Wir haben uns gefreut, dass wir im Anschluss an diese Interpellation direkt zu entsprechenden Veranstaltungen eingeladen wurden wie beispielsweise zur Medienkonferenz der Kita-Mitarbeitenden oder der Startsitzung zum Thema Frühförderung in Kindertagesstätten. Daraus resultiert nun auch eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema, die jetzt weiterläuft. Wir merken, dass sich die Stadt mit dem Thema ausserfamiliäre Kinderbetreuung beschäftigt und diese auch weiterentwickeln möchte. An der Beantwortung gefiel uns, dass regelmässige Weiterbildungen und interne Qualitätskontrollen in die neuen Leistungsvereinbarungen mitaufgenommen werden. Ausserdem haben wir von Seiten der Stadt erfahren, dass die Stadt jeweils bereits eine Prüfung von potenziellen Leistungspartnern vornimmt, bevor überhaupt eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen wird, auch wenn diese Institutionen vom Kanton bereits eine Bewilligung erhalten haben. Trotzdem fehlt uns in dieser Beantwortung die Bereitschaft für konkrete Umsetzungen, um die Situation im Bereich der ausserfamiliären Kinderbetreuung weiterzuverbessern. Weil die Gesetzesänderung auf kantonaler Ebene sowieso erst 2025 zu erwarten ist, gibt es eine Übergangsphase. Diese Übergangsphase würde sich optimal eignen, um die von der Stadt subventionierten Kitas, die in dem Sinn wie ein Siegel der Stadt tragen, auf einheitliche und überdurchschnittlich hohe Standards zu bringen, um solche Möglichkeiten zu versuchen und auszuwerten und ab 2025 abgestimmt auf die kantonalen Grundlagen, die bis dann vorliegen, weiterzuführen.
GR Müller: Heute Abend wurde sehr lange über Parkplätze diskutiert, ihr werdet mir zugestehen, dass ich Kindern und Familien einen noch höheren Stellenwert beimesse. Ich werde deshalb trotz der fortgeschrittenen Stunde mein Votum nicht künstlich verkürzen.
Ja, endlich geht etwas in Sachen vorschulischer Kinderbetreuung. Auf Bundesebene hat zumindest der Nationalrat einem Ausbau der Förderung bereits deutlich zugestimmt. Auf kantonaler Ebene wird bald eine Motion behandelt, welche die Unterstützung durch den Kanton und Gemeinden mittels Betreuungsgutscheinen vorsieht. Hier in Kreuzlingen sollen die Familien bald auch dann zwischen den verschiedenen Kitas frei wählen können, wenn sie Subventionen in Anspruch nehmen. Im Vergleich mit anderen Thurgauer Gemeinden hat die Stadt Kreuzlingen schon jetzt ein gut ausgebautes Angebot. Also alles gut? Ich sage deutlich Nein. Wir sollten uns nicht mit den Thurgauer Gemeinden vergleichen, wo es vielerorts noch gar keine familienergänzende Kinderbetreuung gibt. Nein, wir sollten uns zum Beispiel mit anderen OECD-Staaten vergleichen, wo im Durchschnitt acht Mal so viel Geld für familienergänzende Kleinkinderbetreuung ausgegeben wird als in der Schweiz in Bezug auf das BIP (Bruttoinlandprodukt). Die Schweiz als Gesellschaft vernachlässigt ihre kleinen Kinder. Dies führt konkret zu

teilweise prekären Bedingungen in Kitas, zu prekären Löhnen, zu erhöhter Armut bei Familien, zu Armutsbedrohung für Alleinerziehende und Frauen im Pensionsalter und zu finanzieller Abhängigkeit vieler Frauen. Ich sage, wir sind viele und haben nicht mehr viel Geduld. Es soll endlich wirklich etwas gehen für bessere Bedingungen in den Kitas. Es soll wirklich etwas verbessert werden, auch hier in Kreuzlingen. Die Beantwortung der Interpellation vermittelt den Eindruck, dass der Stadtrat nur gerade das machen will, was notwendig ist, um die Motion der Gleichbehandlung der Kitas zu erfüllen. Wir bestärken den Stadtrat darüber hinaus, die Situation der Kitas bei dieser Gelegenheit zu verbessern. Wie GR Wittgen bereits gesagt hat, spürt man, abgesehen von der sehr lapidaren Beantwortung unserer Interpellation bei der Stadt durchaus den Willen, hier etwas weiterzuentwickeln. In der Beantwortung steht, dass die Qualität bereits ausreichend durch das Bewilligungsprozedere beim Kanton gewährleistet sei. Wir sagen, die Qualitätsprüfung ist durch die Aufsicht des Kantons nicht ausreichend gewährleistet. Es wird durch die sehr sporadischen Kontrollen nicht gewährleistet, dass die Kleinkinder in den Kitas gut aufgehoben sind. Wenn Kreuzlingen möchte, dass in den von der Stadt subventionierten Kitas die Kinder sicher und gut betreut werden, muss der Stadtrat mit den Leistungsvereinbarungen diese Qualität sicherstellen und darf sich nicht hinter dem Kanton verstecken. Insbesondere da die Stadt mit dem Systemwechsel auf Subjektfinanzierung die Kontrolle zu einem guten Stück aus der Hand gibt. Es muss dringend sichergestellt werden, dass städtische Subventionen nur für gute Kitas gewährt werden. Wir müssen unbedingt verhindern, dass Kitaplätze subventioniert werden, bei denen Kinder vernachlässigt oder gar misshandelt werden. Die ganze vorschulische Kinderbetreuung steht unter einem sehr grossen Druck. Obwohl die Eltern in der Schweiz oft einen sehr grossen Teil ihres Einkommens für die Kitas ausgeben müssen, sind die Kitas chronisch unterfinanziert. Um eine gute und bessere Qualität zu sichern, wäre der Hauptpunkt, den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Ausserdem müssten höhere Löhne bezahlt werden. Aber höhere Löhne bezahlen, ohne dass die Tarife für Eltern zu hoch werden, können die Kitas nur, wenn die Subventionierung erhöht wird. Und eigentlich müssten die Tarife für die Eltern dringend gesenkt und nicht erhöht werden. Wie man bei den Schülerhorten gesehen hat, entspricht eine gute, ausreichend vorhandene und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung einem grossen Bedürfnis in Kreuzlingen. Die Schülerhorte mussten innert kurzer Zeit ausgebaut werden. Ich wiederhole nicht, was gute Kitas alles Gutes mit sich bringen, ich rate dem Stadtrat aber dringlich, die Chance zu ergreifen und jetzt wirklich in eine gute familienergänzende Kinderbetreuung zu investieren.

GR Salzmann: Ich habe eine Bemerkung zu Seite 7 der Beantwortung der Interpellation. Hier fragt die SP: "Wie kann eine gute soziale Durchmischung in subventionierten Kitas gewährleistet werden?" Eine interessante Frage, weil bis heute exakt zwei Kitas subventioniert werden und nach Logik dieser Frage – unterstelle ich jetzt einmal – die soziale Durchmischung heute ungenügend sein soll. Sonst hätte man die Frage nicht gestellt. Frage an den Stadtrat: Ist das so? Hängt die Durchmischung wirklich davon ab, wie viel subventionierte Kinder wo betreut werden? Da habe ich meine starken Zweifel, aber vielleicht gibt es da eine Antwort. Die Antwort des Stadtrats lautet: "Eine gute soziale Durchmischung kann durch die Begrenzung der subventionierten Plätze pro Kita erreicht werden." Begrenzung der subventionierten Plätze pro Kita kann ich getrost übersetzen in Planwirtschaft mit bürokratischer Verteilung von Ressourcen. Das ist für mich als Marktwirtschaftler nicht erbauend. GR Müller hat es gerade erwähnt, vielen Dank dafür, da sind sich die SP und die FDP für einmal einig, das kommt selten vor, aber das ist der Fall. Du hast vorhin gesagt, die Eltern sollen die Kitas frei wählen können. Genau so muss es sein. Es gibt nämlich unterschiedliche Kitas mit unterschiedlichen pädagogischen Ausrichtungen. Lassen wir doch die Eltern entscheiden, wo letztlich ihre Kinder hingehen und damit wo letztlich die subventionierten Plätze sind und wo sie eben nicht sind. Das wäre meines Erachtens eine Gleichbehandlung der Kitas, wie das die Motion fordert.

GR Schindler: Das Thema Kita wirft momentan grosse Wellen. Es ist Thema im Nationalrat, im Grossen Rat und wie man sieht auch bei uns im Gemeinderat. Wie immer geht es grundsätzlich um das Geld, dass die Frauen arbeiten gehen können und dass die Mitarbeiter faire Arbeitsbedingungen haben. Das Wohl der Kinder ist bei jeder Diskussion nebensächlich. Die SVP-Fraktion kritisiert die einseitige Finanzierung und die Förderung der Kitas. Stossen wir doch all diejenigen Familien vor den Kopf, die sich

selbst organisieren und diese Kosten auch ohne staatliche oder kommunale Unterstützung tragen müssen. Wie zum Beispiel die Betreuung der Kinder durch Nannys, Au-pairs, Nachbarn, Grosseltern, Verwandte oder durch die Eltern selbst, obwohl auch diese einen äusserst grossen Beitrag leisten. Zentral ist jedoch, dass jede Familie ihr eigenes und eigenverantwortliches Familienmodell finden soll, immer mit dem Gedanken, was für das Kind das Beste ist. Die SVP-Fraktion fragt sich, ob es nicht sinnvoll wäre, die aktuellen Strukturen der Kitas zu untersuchen, damit wir uns ein Bild der Kosten machen können, der Einnahmen, der Personal- und Betriebskosten sowie andere Faktoren, die sich auf die Rentabilität auswirken. Basierend auf diesen Informationen kann man eventuell die Tarifstufen anpassen oder Optimierungen innerhalb der Kitas tätigen. Eine Firma, die volle Auftragsbücher hat, erwirtschaftet im Normalfall einen Gewinn. Da Kitaplätze rar sind, sollte unserer Meinung nach sicher kostendeckend gearbeitet werden. Vor allem auch, wie auch in der Beantwortung steht, dass die Stadt seit über zehn Jahren insgesamt CHF 610'000 pro Jahr für die ausserfamiliäre Betreuung zur Verfügung stellt und dass wir hier im kantonalen Vergleich gut dastehen. Es ist wichtig, dass die Qualität der Kindertagesstätten gut ist, aber meiner Meinung nach ist die Qualität nicht allein die Infrastruktur, sondern das Zwischenmenschliche, die Freude am Beruf und an den Kindern.
GR Müller: Ich möchte gern darauf reagieren, was GR Schindler gesagt hat. Ja, wir sind auch sehr für die Unterstützung der Eigenbetreuung. Auch Kinder, die in eine Kita gehen, werden zum allergrössten Teil eigenbetreut. Man kann es sehr einfach berechnen. Eine Woche hat 168 Stunden, in einer Kita sind die meisten Kinder etwa 16 Stunden pro Woche. Die allermeisten Familien organisieren sich mit ganz verschiedenen Angeboten gleichzeitig. Sie sind sehr froh, wenn die Grosseltern mithelfen, wenn Nachbarn oder andere Leute mithelfen und nutzen trotzdem eine Kita. Also hört doch bitte auf, hier einen Gegensatz zu konstruieren und die verschiedenen Familien- und Betreuungsmodelle gegeneinander auszuspielen. Wenn ihr wirklich Familien unterstützen wollt, gibt es dafür sehr viele gute Möglichkeiten. Argumentieren gegen Kitas schadet vielen Familien und hilft keiner einzigen.
GR Färber: Ich habe mir Gedanken gemacht, da du schon angekündigt hast, dass du diese Argumentation bringst, deshalb möchte ich meine Ausführungen heute Abend mitteilen. Das Anliegen, neben den Betreuungseinrichtungen auch die betreuenden Mütter zu Hause mit Unterstützung zu berücksichtigen, ist nachvollziehbar, da Mütter in der Betreuung ihrer Kinder wertvolle Arbeit leisten und Anerkennung verdienen. Dennoch möchte ich zu bedenken geben, dass der Mythos der heiligen Familie hinterfragt werden darf. Dieser Mythos ist oft mit hohen Erwartungen überfrachtet und führt zu unrealistischen Ansprüchen. Der Druck ist hoch, Schuld und Scham, Versagensgefühle müssen oft abgewehrt werden. Häusliche Gewalt, psychische wie physische, ist ein gesellschaftliches Thema, daneben auch die Zunahme von Suizidalität gerade auch bei jungen und älteren Menschen. Wenn es um Subventionierungen von Kitas geht, wird meist an die Subventionierung von berechtigten Familien gedacht, wobei bei Subventionierung von Kitas auch die Subvention der Einrichtungen im Fokus stehen sollte, was bedeutet, dass auch Qualität und Betreuung, Arbeitsbedingungen und pädagogische Konzepte ein gesellschaftliches Interesse zur Unterstützung haben. Für jede Gesellschaft ist das Wohl der Kinder ein wichtiges Anliegen. Kinder benötigen einen besonderen Schutz, Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten, liebevolle Zuwendung, Förderung und Führung. Kinder brauchen eben diese wichtigen Rahmenbedingungen, die viele Familien, aber auch pädagogische Einrichtungen leisten. Zudem brauchen Kinder aber auch andere Kinder für die Entwicklung von sozialen Fähigkeiten, eben nicht nur Leistungs- und Anpassungsfähigkeiten. Hier sind Kindertagesstätten wichtige Angebote für Alleinerziehende, Kleinfamilien, sozial gefährdete Familien, Familien mit berufstätigen Eltern. Auch Mütter, die die Hauptbetreuung übernehmen, sollten diese Angebote nutzen dürfen. Es ist doch kein Widerspruch, die eigenen Kinder selbst zu betreuen und pädagogische Angebote in Anspruch zu nehmen. Eine Bereicherung für alle wäre, wenn es eher ein Miteinander als ein Gegeneinander geben könnte. Das eine schliesst das andere doch nicht aus. Wir haben gut ausgebildete Erzieherinnen, die einen guten Job machen und von deren Wissen Kinder und deren Eltern profitieren können. Ein Nutzen zum Wohl der Kinder und der Gesellschaft. Wir wissen heute von der Bindungsforschung, dass nicht Quantität, sondern die Qualität der Beziehungen psychoemotionale und psychosoziale Entwicklungen beeinflusst und die Kinder im positiven Fall dann zu gesunden Persönlichkeiten werden lassen. Der Anspruch an

eine Familie, alles leisten zu müssen, kann schnell zu Überforderungen führen. Der Anspruch an heutige Mütter ist vielfältig und die Gefahr gross, dass Mütter ihre eigenen Bedürfnisse unterordnen und in den Dienst aller Familienmitglieder stellen, was dann im notwendigen Ablösungsprozess problematisch werden kann – nicht muss. Gesunde Kinder benötigen gesunde Mütter, gesunde Familien, gesunde Systeme. Was das bedeutet, ist sehr individuell. Entscheidungen für die Nutzung von Angeboten ausserhalb der Kernfamilie sollten deshalb respektiert werden. Auf jeden Fall brauchen wir genügend Angebote und qualitativ gute pädagogische Einrichtungen, damit Eltern ihre Kinder gut aufgehoben und betreut wissen, denn nur dann können sie sich den eigenen Bedürfnissen zuwenden, ob jetzt im Beruf, im Haushalt, im Ehrenamt oder innerhalb der Familie sei dahingestellt. Öffnung von Systemen führt oft zu Entlastung. Druck kann reduziert werden. Verlässlichkeit und Vertrauen werden erfahrbar und fördern damit das Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein. So kann Resilienz entstehen, die es heute mit den komplexen Herausforderungen des Lebens mehr denn je braucht. Die Subventionierung von Kitas als gesellschaftliches Thema betrifft uns alle und sollte dringend ausgebaut werden.
SR Raggenbass: Vielen Dank für diese Worte. Eigentlich kann man gar nicht mehr dazu sagen, als dass ich absolut mit dir einig bin und du das sehr schön verfasst und zusammengefasst hast.
Bei mir geht es jetzt wiederum die Verwaltung unter den politischen Zielen, die wir jetzt mit diesem Vorstoss weiterverfolgen. Wir haben es gehört, der Prozess wurde, wie man es im Sport sagt, bereits angepfiffen, dass wir alle Kitas zu einem Gespräch eingeladen haben. Wir haben beschrieben, was wir in der Bedarfsabklärung gemacht und erkannt haben und wie wir die weiteren Schritte mit den Kitas zusammen erarbeiten wollen, um ein gutes Tarifmodell zu erhalten und welches die Vollkosten sind. Und genau in der Berechnung dieser Vollkosten kommen wir auf das, was GR Schindler bereits gesagt hat, genau diese verschiedenen Aspekte. Wie ist eine Kita aufgestellt, wie arbeitet sie wirtschaftlich, damit die Angestellten bezüglich der Qualität überhaupt in einen Vergleich mit anderen Kitas treten können? Das ist ein Prozess, den wir jetzt mit den Kitas zusammen unter sehr guter fachlicher Begleitung weiterverfolgen. Unser Ziel ist, dass wir im Sommer die ersten Resultate haben, damit man sieht, wo jetzt schon Tarifordnungen und Leistungsvereinbarungen da sind, was wir von der Stadt aus neben den kantonalen Vorgaben fordern und weiterhin fordern werden, dies aber gemeinsam mit einem Kriterienkatalog. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, das ist etwas, was jetzt im laufenden Prozess erarbeitet wird. Und ich bin sicher, mit dem Team, das wir zusammenstellen konnten, werden wir hier sehr schnell sehr weit kommen, was wir euch dann wieder vorlegen können.
Ich möchte noch auf die Frage von Herrn Salzmann bezüglich der sozialen Durchmischung eingehen. Wie schafft man eine soziale Durchmischung mit einer Begrenzung der subventionierten Plätze? Das ist ein Modell, welches machbar ist. Aber ich gebe GR Salzmann recht, es ist absolut schwierig bezüglich Gleichbehandlung. Wir haben das gestrichen. In der Botschaft, die dann nicht mehr in meiner Amtszeit, sondern im Juli vorgelegt wird, haben wir festgelegt, wie das weitere Vorgehen ist und was wir hier an finanzieller Unterstützung brauchen. Da haben wir das gestrichen, was die Begrenzungen anbelangt. So wird der Markt spielen und sich eine soziale Durchmischung automatisch ergeben. Ich möchte nicht weiter ausholen, freue mich aber auf den Prozess und darf diesen auch in gute Hände weitergeben. Ich habe wunderbare Mitarbeiter, die das begleiten und wir haben euch weiterhin im Team.

Verschiedenes

18. Schriftliche Anfrage "Grünstadt Schweiz" – Mehr Attraktivität für Kreuzlingen! / Eingang

Der Ratspräsident: Es ist folgende Schriftliche Anfrage der Gemeinderäte Jost Rüegg, Guido Leutenegger, Xaver Dahinden, Jörg Engeli und Edgar Käslin zum Thema "Grünstadt Schweiz" – Mehr Attraktivität für Kreuzlingen! eingegangen.

18.1 Interpellation "Erhalt öffentlicher Parkplätze" / Eingang

Der Ratspräsident: Es ist folgende Interpellation der Gemeinderatsgruppe Die Mitte "Erhalt öffentlicher Parkplätze" eingegangen.

18.2 Interpellation Kleinstmobilfunkanlagen / Eingang

Der Ratspräsident: Es ist folgende Interpellation Gemeinderäte Alexander Salzmann und Jost Rüegg "Erhalt öffentlicher Parkplätze" eingegangen.

18.3 Leitbild-Umfrage

STP Niederberger: Wir haben heute den Aufruf an die Bevölkerung gemacht: "Gestalten Sie die Zukunft von Kreuzlingen mit". Wir wollen ein neues Leitbild erstellen. Ihr kennt vielleicht das Leitbild 2020. Dieses ist abgelaufen und wir wollen mit dem neuen Leitbild mit der Bevölkerung zusammen auf den Weg gehen, wie sich Kreuzlingen in den nächsten 10-15 Jahren entwickeln soll. Wir wollen in diesem Leitbild auch unterschiedliche Lebensbereiche abbilden wie Wohnen, Leben, Kultur, Wirtschaft, Mobilität usw. Wir haben bereits letztes Jahr das Stadt für alle gemacht, davon grenzen wir uns ganz klar ab. Aber statt für alle, das vor allem den gesellschaftlichen Bereich abdeckt, wird natürlich ein Bestandteil des Gesamtleitbilds sein. Wir wollen hier einen ganz stark partizipativen Ansatz verfolgen. Heute haben wir mit einer Online-Umfrage gestartet, auf der Website könnt ihr einen Fragebogen ausfüllen. Wir werden auch Fragebögen verschicken, wir wollen wirklich schauen, dass wir ganz viele Menschen in Kreuzlingen erreichen. Wir werden auch Interviews mit verschiedensten Leuten aus verschiedensten Gruppen und Bevölkerungsschichten führen, damit wir einen sehr guten Grundsatz erhalten, ein Fundament für die Auswertung und für den weiteren Prozess. Wir werden am 17. Juni von 9.00 bis 13.00 Uhr im überdachten Ausseneisfeld eine Zukunftskonferenz durchführen. Bitte reserviert euch diesen Termin. Da möchten wir die ganze Bevölkerung einladen, mitzudenken, wie Kreuzlingen sich in den nächsten Jahren entwickeln soll. Das Ziel ist, das externe Leitbild etwa Anfang Jahr abzuschliessen werden. Parallel dazu werden wir auch ein internes Leitbild erstellen mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie wir als Stadtverwaltung in die Zukunft gehen wollen. Diese beiden Leitbilder sollen dann eine Grundlage für das Legislaturprogramm bilden, welches dann die Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre festlegen soll.

18.4 Projekt Sanierung und Erweiterung städtische Verwaltungsliegenschaften

STP Niederberger: Wie in der Gemeinderatsbotschaft aufgezeigt, sind wir jetzt an der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie bzw. der Volumenstudie, wo wir schauen, wie wir das Raumprogramm, welches die Stadtverwaltung braucht, auf dem Areal Marktstrasse unterbringen können. Wie sehen die Abgrenzungen zu den Nachbarschaften aus? Wie können Grenzbereinigungen gemacht werden? Zum Beispiel zu Häberlin, der einer dieser Nachbarn ist. Am 22. März bekamen wir in der Projektsteuerung bereits die ersten Ideen zu Gesicht. Das sind sehr interessante Ansätze, die jetzt ein bisschen verfeinert werden. Wir werden das am 11. April der Vorbaukommission zeigen, welche breit abgestützt ist. Am 18. April wollen wir es in der gemeinderätlichen Kommission BU zeigen und anschliessend am 2. Mai im Stadtrat behandeln, sodass wir dann festlegen können, wie wir weitergehen. Konzentrieren wir uns vor allem auf die Marktstrasse oder werden Hauptstrasse 88 und 90 auch noch miteinbezogen? Das ist der Prozess, wo wir jetzt herausfinden wollen, welches der richtige Weg ist, damit wir dann an die Arbeit für den nächsten Schritt gehen können. Das ist dann der Wettbewerb, der dann vorbereitet wird und ebenfalls laufen soll. Ich kann sagen, es ist sehr interessant und wir sind absolut auf Kurs.

18.5 Zukunft der Bodensee-Arena

STP Niederberger: Wir haben in den letzten Monaten diverse Workshops durchgeführt in einem kleinen Kreis, dann aber auch in einem grösseren Kreis und dabei auch den Fächer aufgemacht, was für Möglichkeiten es gibt oder was für Varianten es gibt. Wir sind jetzt wieder daran, ein Konzentrat zu

machen. In den Workshops haben wir versucht, von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Feedback einzuholen. Wir hatten einen Planungskredit vom Gemeinderat und haben jetzt beschlossen, dass wir die Zustandsanalyse der Bodensee-Arena jetzt zum Abschluss bringen, um den Sanierungsbedarf zu eruieren. Das Ziel ist, am Fraktionspräsidententreffen vom 9. Mai die Strategie Bodensee-Arena als Schwerpunktthema präsentieren und ein weiteres Vorgehen diskutieren zu können, damit wir anschliessend die weiteren Schritte einleiten können.

18.6 Diskussionskultur während Gemeinderatssitzung

GR Hummel: Es gibt hier auch Voten, die mich nicht interessieren, aber ich wende mich vor allem Richtung diese Ecke. Es ist störend, wenn euch etwas nicht interessiert, dass ihr dauernd am Brabbeln seid. Es ist wirklich störend, es lenkt ab und es ist auch nicht anständig.

18.7 Gartentag am 6. Mai 2023

GR Leuch: Ich möchte euch gern zum Gartentag am 6. Mai einladen. "Natürlich geniessen" lautet das Motto. Selbstverständlich auch die FDP. Ihr könntet Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter durch den Gartentag begleiten. Am 6. Mai auf dem Boulevard. Wir haben auch Special Guests. Dank eines Sponsors kommt Ladyva, die auch schon in der U-Bahn von London gespielt hat. Sie wird ein paar Sessions spielen. Für Leute, die gern Piano hören, gibt es noch eine Spezialeinlage.

Der Ratspräsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wünsche ich euch einen wunderschönen Abend.

Sitzungsende: 22.35 Uhr

Beilagen

1. Tischvorlage Traktandum 12 Baurechtsvertrag mit Peter Moser RE GmbH, Konstanzerstrasse 27, 8280 Kreuzlingen, für die Liegenschaft Bahnhof Bernrain an der Seeblickstrasse 19, Parzelle Nr. 2996
2. Schriftliche Anfrage "Grünstadt Schweiz" – Mehr Attraktivität für Kreuzlingen!
3. Interpellation "Erhalt öffentlicher Parkplätze"
4. Interpellation "Kleinstmobilfunkanlagen"

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident | Der Sekretär

Der Vizepräsident | Der Stimmenzähler

Kreuzlingen

Stadtrat Beilage 1

Tischvorlage

Baurechtsvertrag mit Peter Moser RE GmbH, Konstanzerstrasse 27, 8280 Kreuzlingen, für die Liegenschaft Bahnhof Bernrain an der Seeblickstrasse 19, Parzelle Nr. 2996

Synoptische Übersicht des Antrags des Stadtrats

22. März 2023

	Baurechtsvertrag (Beilage 7) – Stadtrat	Baurechtsvertrag (Beilage 7) – Stadtrat (neu)
II. Baurechtsbestimmungen, 6. Baurechtszins (Seite 5 und 6)	[…] Im Übrigen sind ab Beginn des Baurechts sämtliche öffentlich-rechtlichen Abgaben, Gebühren, Beiträge und Steuern, welche Grund- und Hauseigentümern auferlegt werden, von der Baurechtsnehmerin zu bezahlen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht abschliessend, die Liegenschaftensteuer für die Bauten, Beiträge und Gebühren an Erschliessungsanlagen wie Strassen, Kanalisation etc., nicht aber Einkommens-, Vermögens- und Liegenschaftensteuern für das Grundstück selbst.	[…] Im Übrigen sind ab Beginn des Baurechts sämtliche öffentlich-rechtlichen Abgaben, Gebühren, Beiträge und Steuern, welche Grund- und Hauseigentümern auferlegt werden, von der Baurechtsnehmerin zu bezahlen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht abschliessend, die Liegenschaftensteuer für die Bauten, Beiträge und Gebühren an Erschliessungsanlagen wie Strassen, Kanalisation etc., nicht aber Einkommens-, Vermögens- und Liegenschaftensteuern für das Grundstück selbst. Diese Bestimmungen über den Baurechtszins sind im Grundbuch vorzumerken (Art. 779a und 779b Abs. 2 ZGB).

Gemeinderäte

Jost Rüegg
Guido Leutenegger
Xaver Dahinden
Jörg Engeli
Edgar Kaeslin

Gemeinderat Kreuzlingen

20. März 2023

Schriftliche Anfrage gemäss Art. 49 im Geschäftsreglement des Gemeinderates vom 1. Februar 2018 (letzte Anpassung)

«Grünstadt Schweiz» – Mehr Attraktivität für Kreuzlingen !

Das Bedürfnis nach Grünräumen in den wachsenden Städten der Schweiz verstärkt sich. Die Verdichtung nimmt zu. Grünräume sind nicht nur wichtige Erholungsräume für die Bewohner, sondern nützen auch dem Klima und der Vegetation. Ausserdem wirken sie dem Umweltlärm sowie der Luftverschmutzung entgegen.
Das Label «Grünstadt Schweiz» zeichnet genau solche Städte aus – mit dabei die Städte Basel, Winterthur und Zürich, aber auch kleinere wie Schaffhausen, Vevey oder Lichtensteig. «Grünstadt Schweiz» verspricht hohe Grünraumqualität, welche die Attraktivität des Wohnortes für Bewohner und Besucher steigert.
Der seit Jahren bestehende Seeburg-Park, verbliebene Teile des Bellevue-Parks oder die Vegetation um das Haus Sallmann, etc. sind Beispiele für wertvolle Grünräume, welche die Stadt entwickelt oder zugelassen hat. In der Pipeline ist der Park auf der Bärenwiese (Siegerprojekt DIALOGOS) ohne den oberirdischen Parkplatz und ohne neue Verwaltungsgebäude, die den Blick auf den Stadtsaal und die Basilika versperren.
Es ist wichtig, dass diese Juwelen für alle sichtbar und noch besser erlebbar werden.
Ausserdem wird man in der Zusammenarbeit mit dem Label mit Knowhow für zukünftige Projekte unterstützt.

In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen:

1. Hat der Stadtrat in der Vergangenheit eine Zusammenarbeit mit Grünstadt Schweiz geprüft ?
2. Welchen Nutzen hätte das Label «Grünstadt» für die Bevölkerung der Stadt ?
5. Welchen Nutzen hätte die Zusammenarbeit mit Grünstadt Schweiz für die Stadtverwaltung und deren Betriebe ?
4. Wie hoch sind die einmaligen und wiederkehrenden Kosten zur Erlangung des Labels ?
5. Wie stellt sich der Stadtrat zur Einführung des Labels «Grünstadt»?

Wir bedanken uns beim Stadtrat im Voraus für eine zeitnahe Beantwortung dieser Fragen.

Jost Rüegg Guido Leutenegger Xaver Dahinden Jörg Engeli Edgar Kaeslin

Beilage 3

Interpellation «Erhalt öffentlicher Parkplätze»

In den letzten Jahren verschwinden in Kreuzlingen immer mehr öffentliche Parkplätze. Es gibt beispielsweise kein Strassenbauprojekt, das nicht mit einer Eliminierung von Parkplätzen einhergeht. Detaillisten, Gastronomie- und Gewerbe- sowie Dienstleitungsbetriebe beobachten diese Entwicklung mit Sorge. Aber auch Anwohner beklagen sich insbesondere im Zentrumsgebiet über das schwindende Parkplatzangebot. Vor diesem Hintergrund ersuchen wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele ausschliesslich für die Benutzung durch die Öffentlichkeit reservierte Parkplätze (ohne für die Mitarbeiter der städtischen Verwaltung und die kantonalen Schulen reservierte Parkplätze) existieren in Kreuzlingen und wo liegen sie?

2. Wie sind diese Parkplätze auf die verschiedenen Quartiere verteilt (Kurzrickenbach, Egelshofen, Emmishofen, Bodan sowie das Zentrumsgebiet)?

3. Wie viele ausschliesslich für die Benutzung durch die Öffentlichkeit reservierte Parkplätze (ohne für die Mitarbeiter der städtischen Verwaltung und die kantonalen Schulen reservierte Parkplätze) befinden sich im Zentrum (Hauptzoll bis Bärenplatz; Löwenstrasse; Marktstrasse; Schützenstrasse bis Kreisel Nationalstrasse; Bahnhofstrasse; oberer/westlicher Bereich der Bodanstrasse, des Steinwegs, der Neptunstrasse und der Parkstrasse)?

4. Wie viele ausschliesslich für die Benutzung durch die Öffentlichkeit reservierte Parkplätze (ohne für die Mitarbeiter der städtischen Verwaltung und die kantonalen Schulen reservierte Parkplätze) existierten vor zehn Jahren in Kreuzlingen?

5. Wie viele ausschliesslich für die Benutzung durch die Öffentlichkeit reservierte Parkplätze (ohne für die Mitarbeiter der städtischen Verwaltung und die kantonalen Schulen reservierte Parkplätze) existierten vor zehn Jahren im Zentrum (Hauptzoll bis Bärenplatz; Löwenstrasse; Marktstrasse; Schützenstrasse bis Kreisel Nationalstrasse; Bahnhofstrasse; oberer/westlicher Bereich der Bodanstrasse, des Steinwegs, der Neptunstrasse und der Parkstrasse)?

6. Ist der Stadtrat angesichts der Bedenken in einem nicht unwesentlichen Teil der Bevölkerung bereit, auf eine weitere Reduktion der Parkplatzanzahl in Kreuzlingen zu verzichten?

Kreuzlingen, 23. März 2023

Gemeinderatsgruppe «Die Mitte «

Parlamentarischer Vorstoss - Unterschriftenblatt

Interpellation «Erhalt öffentlicher Parkplätze»

Vorstösser / Vorstösserin

DUFNER THOMAS

Name Vorname | Unterschrift

Mitunterzeichner / Mitunterzeichnerin

Name Vorname | Unterschrift

Name Vorname | Unterschrift

Name Vorname | Unterschrift

Name Vorname | Unterschrift

Name Vorname | Unterschrift

Name Vorname | Unterschrift

Name Vorname | Unterschrift

Name Vorname | Unterschrift

Name Vorname | Unterschrift

Name Vorname | Unterschrift

Name Vorname	Unterschrift
Rüegger Markus	
Salzmann Alexander	
Telcin Orvina	
Leuch Thom	
Keller Nico	
Hummel Barbara	
Herzog Irène	
Schindler Séverine	
Schuldes Georg	
Ribeiro Fabrizio	

Beilage 4

Gemeinderat Kreuzlingen 23. März 2023

Interpellation gemäss Art. 48 des Gemeinderatsreglements

«Kleinstmobilfunkanlagen»

Im Rahmen des Wahlkampfs (1. Wahlgang) zu den Gesamterneuerungswahlen des Stadtrats, hat der Verein «Strahlungsfreies Kreuzlingen» eine Umfrage unter den Kandidierenden durchgeführt (siehe Beilage). Alle Antwortenden gaben zur Auskunft, sich für einen vermehrten Einsatz von Kleinstmobilfunkanlagen statt grosser Antennenmasten in Kreuzlingen einzusetzen. Daher ist davon auszugehen, dass eine Mehrheit sich dafür einsetzen wird. Dazu folgende Fragen:

1. Was versteht der Stadtrat unter dem Begriff «Kleinstmobilfunkanlage» im Detail und welche baurechtlichen Vorschriften bestehen dafür auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene? Bedarf es der Installation von Kleinstmobilfunkanlagen einer vorgängigen Gesamtplanung und Baubewilligungen?

2. Sollen gemäss Stadtrat Kleinstmobilfunkanlagen vermehrt zum Einsatz kommen? Wenn ja, primär zur Innenraum- und/oder Aussenraumversorgung, grundsätzlich bedarfsorientiert oder flächendeckend? Wenn nein, wie erklärt der Stadtrat seine grossmehrheitlich abgegebene Antwort im Rahmen des Wahlkampfs?
   Sollte die erste Frage in diesem Frageblock bejaht werden: Wie soll dies bewerkstelligt werden?
   Mögliche denkbare Szenarien wären dabei:
   - Installation städtischer Kleinstmobilfunkanlagen, bezahlt durch den Steuerzahler oder mittels Gebühren. Von welchen finanziellen Grössenordnungen geht der Stadtrat aus?
   - Bereitstellung städtischer Infrastrukturen für den Bau und Betrieb von Kleinstmobilfunkanlagen auf öffentlichem Grund durch die kommerziellen Betreiber.
   - Kleinstmobilfunkanlagen sollten bei Bedarf durch private Nutzer angeschafft, installiert und betrieben werden (analog WLAN).

3. Für die schnelle Übertragung von grossen Datenmengen über jegliche Art von Mobilfunkanlagen wird zwangsläufig auch eine Glasfaserverkabelung benötigt. Ganze Industrie- und Wohngebiete von Kreuzlingen sind – trotz angeblicher Bemühungen der Branche – noch immer nicht mit zukunftsorientierter Glasfaser erschlossen. Welche Glasfasernetze existieren bereits in welchen Gebieten welcher Firma? Wie beabsichtigt der Stadtrat diese Diskrepanz im Zusammenhang mit der Mobilfunkversorgung zu beheben?

4. Welchen Zeitplan stellt sich der Stadtrat vor, bis Bedürfnisabklärungen und tragfähige Konzepte zu diesem Thema existieren?

Mit freundlichen Grüssen

Alexander Salzmann, Gemeinderat (FDP)
Jost Rüegg, Gemeinderat (Freie Liste und Grüne)

Name	Vorname	Unterschrift
Salzmann	Alexander	
Rüegg	Jost	
Lechsegger	Guido	
Rüeggs	Markus	
Dahinden	Xaver	
Ricklin	Judith	
Schläpfer	Roger	
Knöpfli	René	
Raschle	Elmo	
Duss	Thomas	
Meier	Thomas	
Hummel	Barbara	
Herzog	Diana	
Gerig	Schulthess	
Fabrizio	Ribeiro	
Müller	Elina	

Name	Vorname	Unterschrift
Salzmann	Alexander	
Rüegg	Jost	
Engeli	Jörg	
Kaeslin	Edgar	
Leuch	Thomas	
Tekin	Omina	
Hebeisen	Andreas	
Herzog	Ruedi	
Wittgen	Kathrin	

weniger Strahlung · gesund und stressfrei

strahlungsfrei.ch

im September 2022

Wahlempfehlungen für den Stadtrat und das Stadtpräsidium von Kreuzlingen 2022

Das Ergebnis unserer diesjährigen Kurzbefragung mit Ja/Nein Antworten ist in folgender Tabelle zusammengefasst. Die Ausführungen der Befragten mussten aus Platzgründen auf einen Satz reduziert werden. Zu den jeweiligen Antworten gibt es einen kurzen Kommentar (K.). Es fällt auf, dass fast alle Befragten bei der Glasfaserproblematik auf die Swisscom fixiert sind, obwohl diese in Kreuzlingen mit den Hausanschlüssen (FTTH) seit Jahren nicht richtig vorwärts macht. Eine gewisse Abstimmung bei den Antworten ist (erwartungsgemäss) unter den bisherigen Kandidierenden auszumachen. Abweichende Antworten sind deshalb besonders aufschlussreich. Der Verein hofft, mit dieser Zusammenstellung eine kleine Entscheidungshilfe leisten zu können. Im Zweifelsfall bietet sich das persönliche Gespräch an.

Vorname / Name	Partei	Status	1. Frage Soll das überarbeitete Baureglement derart ergänzt werden, dass das Siedlungsgebiet bestmöglich vor grossen Mobilfunkantennen geschützt wird?	2. Frage Sollen stattdessen vermehrt Kleinstfunkanlagen zum Einsatz kommen?	3. Frage Soll sich Kreuzlingen an das schnelle Glasfasernetz der Stadtwerke Konstanz anschliessen?	Gekürzte Anmerkungen der Kandidierenden zu ihren Antworten und ein ergänzender Kurzkommentar von strahlungsfrei.ch.
Thomas Niederberger	FDP	bisher	Ja	Ja	Nein	1. Das Gemeindeparlament unterstütze das nicht. Andere Lösung seien aber denkbar. 2. Nur bedingt möglich, aber Gespräche wurden geführt. 3. Man wolle sich auf die Swisscom verlassen und die Kosten beachten. K. Weshalb mit einem neuen Mitbewerber nicht Druck machen?
Thomas Beringer	EVP	bisher	Nein	Ja	Nein	1. Das Gemeindeparlament unterstütze das nicht. Andere Lösung seien aber denkbar. 2. Offen für Projekte mit Sunrise/UPC. 3. Kreuzlingen sei schon gut versorgt. K. Vom Interessenvertreter der Branche werden diese Antworten erwartet.
Ernst Zülle	Die Mitte	bisher	Nein	Ja	Ja	1. Das Gemeindeparlament unterstütze das nicht. Andere Lösung seien aber denkbar. 2. Nur bedingt möglich, aber Gespräche wurden geführt. 3. Anbieter ist egal, es muss einfach funktionieren und bezahlbar sein. K. Weshalb mit einem neuen Mitbewerber nicht Druck machen?
Markus Brüllmann	SP	bisher	Nein	Ja	Ja	1. Das Gemeindeparlament unterstütze das nicht. Andere Lösung seien aber denkbar. 2. Nur bedingt möglich, aber Gespräche wurden geführt. 3. Ein bezahlbares Angebot der Swisscom liegt aber nicht vor. K. Weshalb mit einem neuen Mitbewerber nicht Druck machen?
Timon Altwegg	parteilos	neu	Ja	Ja	kein Entscheid	1. Eher ein Ja, falls umsetzbar. 2. Besonders keine Antennen bei Kitas, Kindergärten, Schulen. 3. Weshalb erschliesst die Swisscom Wohnungen nicht schon lange mit Glasfaser? K. Hat sich bei Physikern informiert, um die Tragweite der Fragen zu beurteilen.
Christine Forster	parteilos	neu	Ja	Ja	Ja	1. Eher ein Ja. 2. Vermutlich ein Ja. 3. Ein Ja, wenn es die Pläne der Swisscom nicht durchkreuzt. K. Hat zuerst um Informationsmaterial gebeten, um überlegter antworten zu können.
Daniel Moos	parteilos	neu	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	1./2./3. Das Thema sei komplex und nicht einfach zu beantworten. K. Es ist tatsächlich komplex.
Fabrizio Ribezzi	FDP	neu	keine Reaktion	keine Reaktion	keine Reaktion	Ohne Kommentar.